

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verleger: Dr. ...

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Verlagsnummer ...

Das „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, ...
Preis vierteljährlich ...
Monatlich ...
Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierzehntägigen Zeittheile oder deren Aequivalent für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf. Auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 130

Freitag, den 8 Juni 1906.

13. Jahrg.

Stimmen ohne Wert.

Meint es die Zentrumspartei ehrlich mit der Berggesetzgebung?

Zu dieser Frage bringt die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ an der Hand der Reichstags- und Landtagsakten folgende Feststellungen:

Im Jahre 1904 brachten die Berggesetzgeber eine große Aufregung in der Ruhrgebietsbevölkerung. Um den kapitalistischen Bergbesitzern entgegen zu wirken, brachte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Interpellation ein, die die Reichsregierung veranlassen sollte, Ruhe und Antwort zu geben über ihr schwächliches Verhalten gegen die Bergarbeiter. Raum war die Interpellation veröffentlicht, da schrieb die Zentrumspresse im Ruhrgebiet höhnisch, ob denn H. u. S. nicht wisse, daß die Berggesetzgebung Landesache sei, nicht im Reichstag zur Verhandlung kommen könnte? Einige Tage vor der Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation betr. Berggesetzgebung ging die Zentrumspartei im Landtage auf die Stilllegung ein. Hierbei erklärten die Zentrumvertreter Brust und Stößel, die Stilllegung sei bergrechtlicher Natur und Bergrechtsfragen könne nur der Landtag erörtern! Andere gesetzgebende Körperschaften, z. B. der Reichstag, hätten kein Einspruchsrecht. Diese Erklärungen fanden den Beifall der Konservativen und Nationalliberalen und gaben einige Tage später der Regierung im Reichstag Gelegenheit, die Verantwortung der sozialdemokratischen Interpellation mit diesem Vorwand abzulehnen.

Während und noch kurz nach dem vorjährigen Reichstag erklärte die Zentrumspresse im Streitgebiet, der Landtag müsse ein gutes Berggesetz schaffen, oder sonst werde der Reichstag eingreifen müssen. Als am 9. Februar der Streit abgebrochen war, schrieb am 11. Februar die Zentrumspresse, es sei „der schönste Kontraktbruch“, wenn das Berggesetz auf gesetzliche Regelung der Bergarbeiterverhältnisse nicht in befriedigendem Maße erfüllt würde.“ Am dem Tage, wo Genosse H. u. S. im Reichstag das ganze Streitbild aufrollte, sagte der Zentrumvertreter, auch seine Partei sei für reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterverhältnisse. Wenige Tage später trat Gen. S. a. S. im Reichstag für ein Reichsberggesetz ein, und auch da ließ das Zentrum erklären, es sei ebenfalls für ein Reichsberggesetz. Einige unserer Parteiblätter äußerten damals Zweifel an der Überlässigkeit des Zentrums. Darob verließ die Zentrumspresse in ihre übliche Entstellung und schrieb kategorisch, an der energischen Förderung der Reichsberggesetzgebung durch das Zentrum dürfe kein Mensch zweifeln.

Am die Regierungsvorlage für den Bergarbeiterzuschlag. Als Konserverbatter und Nationalliberale die Vorlage gütlich verhandelten, schrieb die Zentrumspresse: „Das Zentrum will mindestens die Regierungsvorlage; wenn die nicht erreicht werden kann im Landtage, dann gehen wir an den Reichstag.“ In der Tat reichte das Reichstagszentrum um diese Zeit spezielle Anträge zur Abänderung der Gewerbeordnung zum Schutz der Bergleute ein.

Wer hätte da noch an der Ehrlichkeit des Zentrums zweifeln dürfen? Das wäre ja ein Majestätsverbrechen gewesen. Aber während man draußen im Lande dem Volke heilig und teuer versichert, dem Zentrum sei nichts lieber als eine reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterzuschlag, da ließ das Zentrum im Landtag durch den Abg. Geisler am 22. Mai 1905 erklären, es müsse verhindert werden, daß die Berggesetzgebung auf den Reichstag überginge!! Und die Zentrumspartei stimmte geschlossen mit den Junkern und nationalliberalen Großkapitalisten für das verhängte Berggesetz!

Damals wurde den Bergleuten von den Zentrumsgitatoren Sand in die Augen gestreut mit der Behauptung, das Gesetz bedeute einen Fortschritt. Im „Christlichen Centralblatt“ vom 7. Mai 1906 schreibt aber Generalsekretär Effert, der voriges Jahr das Zentrumsmachwerk mit beschönigen half, die schlimmsten Befürchtungen seien eingetroffen, das Gesetz sei schlechter wie das frühere! Effert enthielt damit den Arbeiterverband seiner Partei.

Trotz Wahrscheinlichkeit und Sabalibereitigung hat das Zentrum im Landtage entgegen den Wünschen auch der „Christlich-organisierten“ Bergleute, für das verhängte Knappschafgesetz gestimmt. Das Zentrum im Reichstag hat kurz vor Abschluß noch einen Antrag gestellt, der zum § 74 des Krankenversicherungsgesetzes einen Absatz einfügen will, durch den das geheime Wahlrecht auch auf die Knappschafsklassen ausgedehnt werden soll. Auch dieser Antrag ist wieder auf Volkstauschung berechnet! Der Zentrumsantrag ist am 22. Mai 1906 eingereicht, er entspricht nicht den Forderungen der Bergleute, wie die späteren Verhandlungen klar zeigen werden. Dagegen hat die sozial-

demokratische Fraktion im Reichstag schon am 2. Dezember 1905 einen Antrag gestellt, der in der einfachsten Weise (durch Ausdehnung der Vorschriften des § 37 Absatz 3 des Krankenversicherungsgesetzes auf die Knappschafsklassen) den Knappschafsklassen das geheime Wahlrecht verschaffen will! Was die Zentrumsteute erst am 22. Mai 1906 für nötig hielten, haben die Sozialdemokraten schon am 2. Dezember 1905 beantragt in viel arbeitserfreundlicherer Form.

Will denn die Zentrumspartei überhaupt das Knappschafsgesetz reichsgesetzlich regeln? Kein Gedanke daran! In der Knappschafskommission des Landtages hat ein Zentrumsvortreter erklärt, die Knappschafsanangelegenheiten seien besser der Landesgesetzgebung zu regeln überlassen! Also auch in dieser Frage ist dem Zentrum nicht zu trauen.

Schließlich hat die Einbringung der Resolution Giesberts zur Frage der Gruhentrolle bewiesen, daß selbst dieses Gebiet vom Zentrum prinzipiell dem Landtag zugewiesen wird. Hier konnte sich der Reichstag für allein zuständig erklären auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes. Kein Landesgesetz wurde verlegt, wenn der Reichstag die sozialdemokratische Resolution annahm, deren Zweck war, ein Reichsgesetz zu Gunsten des Bergarbeiterzuschlages anzunehmen. Die von Giesberts gezeichnete Zentrumsvorstellung durchkreuzte aber den Plan, sie überwiegt in erster Linie wieder den Landtagen den von diesen schwer vernachlässigten Bergarbeiterzuschlag. Deswegen stimmten die offenen und geschlossenen Feinde der Reichsberggesetzgebung, die Junker und Nationalliberalen freudig für die Resolution Giesberts!

Nach all diesen Vorkommnissen gehört schon ein bergeberechtigter Glaube dazu, dem Zentrum den ernsthaften Willen zur Reichsberggesetzgebung zuzutrauen. Die vom Reichstagszentrum gestellten Anträge haben lediglich agitatorischen Zweck. Das arbeitende Volk soll irreführt werden durch diese gar nicht ernst gemeinten Anträge. Nicht nach ihren Worten, nach ihren Taten ist die „Bergarbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums einzuschätzen. Würde diese Partei bei der Wahltagung nicht auf die Arbeiterstimmen Rücksicht nehmen müssen, lieber sorgen als übermorgen würde sie die Masse belächeln und gäbe sich stets offen als das, was sie grundsätzlich ist: eine fortschrittsfeindliche, arbeiterverachtende Herrschaft, die in beispielloser Weise die reichsten Gefühle der katholischen Arbeiter zu politischen Schwärmen mißbraucht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

„Fleischige“ Volksvertreter. Die „Bohr. Volksst.“ veranlaßt in einer Tabelle die Teilnahme der vier lothringischen Reichstagsabgeordneten an den Verhandlungen des Reichsparlamentes. Danach wäre bei 20 namenhaften Absitzungen vom 27. März bis 26. Mai ein einziger Mal ein einziger Abgeordneter (J. J. J.) anwesend gewesen, 19 mal habe er gefehlt, die drei anderen (Lobert, Merot, de Schimid) je 17 mal. — Weshalb haben diese Leute sich denn überhaupt in den Reichstag wählen lassen, wenn sie in so flagranter Weise ihre Pflichten verstreuen wollen?

Kolonialstudien will der Kolonialdirektor Erbprinz zu Hohenlohe in den afrikanischen Schutzgebieten treiben. Wer weiß, ob er nicht auch die Nase von unseren „herlichen“ Kolonien voll bekommt.

Pofadowstj. Die so oft wissende „Neue milit. politische Korrespondenz“ behauptet: „Der Staatssekretär des Innern Graf v. Pofadowstj soll noch im Laufe dieses Sommers seinen Posten mit dem eines Oberpräsidenten einer preussischen Provinz vertauschen. Als sein Nachfolger wird in stets gut unterrichteten Kreisen der preussische Minister des Innern Graf v. Bethmann-Hollweg mit großer Bestimmtheit bezeichnet.“ Pofadowstj hat unter den agrarischen Mächten alle einflussreiche Freunde, die seinen Sturz betreiben, da er sich nicht unter jedes Gebot seiner oberbischen Fremde fügt. Seine Stellungsnahme bei der Durchführung des Diätengesetzes hat die hartnäckigen Hasser mehr als noch je gegen ihn aufgebracht. Bethmann-Hollweg dagegen ist der „neue Stern“, er ist gewandt und weiß trotz Wilton zu händeln, er ist „Waffenarsivolk“ nach Junkenfasson und weiß die realistischsten Pläne in philosophisch-mythischen Quatsch zu kleiden. Es ist wohl möglich, daß die Junker den Bethmann an die Stelle Pofadowstjs bringen wollen, um die letzte Wurzel der Sozialpolitik auszurotten und den letzten selbständigen Menschen aus der Reichsregierung auszumergen. Gleichwohl ist es als sehr zweifelhaft anzusehen, ob Fürst Wilton jetzt schon die erhebliche Arbeitskraft und die Kenntnisse Pofadowstjs entbehren zu können glaubt und den kaum erst in das preussische Innere eingeweihten Bethmann das Amt wechseln lassen möchte. Der „Mittl. Allg. Ztg.“ wird übrigens von Berlin bereits gemeldet, daß die Nachricht vom bevorstehenden Rücktritt Pofadowstjs unzutreffend sei.

Einft und jetzt. Friedrich der Große muß sich noch heute, wo sich sein Todestag zum 120. Male jährt, häufig genug als Vorbild religiöser Toleranz zitieren lassen. Mit demselben Rechte könnte dieser König aber auch als Beispiel herangezogen werden für die Art, wie man damals am preussischen Hofe über Majestätsbeleidigungen dachte. In dem eben erschienenen achten Bande der von der Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Acta Borussica findet sich auf Seite 785 folgende Cabinetsordre an den Staatsminister v. Dankelman:

„Potsdam, den 30 Juni 1750.“

Da ich aus Eurem Berichte vom 24. d. mit mehreren versehen habe, wie ein jeglicher Herr zu Schwiebel in Bolen, Namens Ruhner, vor einigen Jahren in der Trunkenheit sich vergangen, daß derselbe sich verschiedene unbesonnene Expressionen über mein Subjekt entsprochen lassen, und was für eine Bestrafung ihm durch den Criminalsenat in Berlin zuerkannt werden soll, so ist Euch darauf zur Resolution, daß weil dieser Mensch durch die Trunkenheit in die elende Umstände gesetzt worden, daß er seiner Vernunft gar nicht mächtig gewesen und deshalb allerhand unbesonnenes Zeug ausgesprochen hat, so mehr zu verachten als zu bestrafen ist, ich demselben die ihm decretirte Strafe gänzlich erlassen will, verzeihe daß er desselben nicht einmal einige Geldbuße erlegen, sondern zum höchsten mit einem Verweis und Verwarnung, sich hinsichtlich vor dem Trunke zu hüten, abgefertigt werden soll. Ihr habt also hiernach das gehörige zu verfügen; zu dem Ende Ihr oben angeführtes Gutachten des Criminalsenats hierbei zurückzuerempfangen und solches nun gänzlich zu reponieren hatet.“

Friedrich II. ist dann auch mit seinem Grundsatz des „Niederiger hängen!“ sehr wohl gefahren und die Majestätsbeleidigungsprozesse waren vor 156 Jahren trotz dieser Toleranz nicht häufiger, sondern seltener wie heutzutage.

Meidet Südwestafrika! Eine sehr energische Warnung vor Zugung nach unserem, den deutschen Steuerzahlern so „teuren“ Südwestafrika erklärt die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes im folgenden Schreiben vom 25. Mai:

„Wenn die Auskunftsstelle für Auswanderungswesen in ihren Bescheiden vor Niederlassung in Deutsch-Südwestafrika als noch verführerisch bisher warnen zu müssen glaubte, so scheint dieses Verfahren in den Wirtschaftsverhältnissen des Schutzgebietes, soweit sie hier übersehen werden können, eine Stütze zu finden. Die Verhältnisse fanden bisher einer Einwanderung in größerem Umfange um deswillen entgegen, weil der Lebensunterhalt im Schutzgebiete als Folge der Wirkung des Gesetzes abnorme Anforderungen an die Kapitalkraft der Ansiedler stellte und die Verteilungsmöglichkeiten wegen ihrer Inanspruchnahme durch die Schutztruppe erheblichen Schwierigkeiten unterlag. Dazu kommt, daß an eine ordnungsgemäße Wiederaufnahme der Farmbetriebe noch nicht herangetreten werden konnte. Diese Gesichtspunkte bedürften einer um so aufmerksameren Würdigung, als sich die Auskunftsstelle als halbamtliche Behörde dem Gesühle der Verantwortung, die sie bei Erteilung von Auskünften zu übernehmen hat, nicht entziehen kann. Was die Mitteilung amtlicher Informationen über die Anstellungsverhältnisse Deutsch-Südwestafrikas anlangt, so ist das Gouvernement zurzeit beschäftigt, ein Auskunftsamt zu bearbeiten, welches alles Wissenwerte für Auswanderungslustige enthält. Dieses Amt wird auch der Auskunftsstelle für Auswanderungswesen überwiesen werden. Bis zum Erscheinen der fraglichen Veröffentlichung wird es sich empfehlen, wegen Auskunfts über die einschlägigen Verhältnisse mit dem kaiserlichen Gouvernement direkt in Verbindung zu treten.“

Auswärtiges Amt, Kolonialabteilung.

E. Hohenlohe.“

Es ist nur erfreulich, daß sich die Kolonialabteilung endlich zu dem Mute aufrafft, die Dinge so zu sehen und darzustellen, wie sie sind. Daß die amtliche Stelle damit nun auch endgültig ihrer bisherigen südwestafrikanischen Politik das herrliche Urteil spricht, wird sie natürlich nicht zugeben. Nach diesem Zugestandnis stehen die Dinge in Südwestafrika lediglich so, wie sie vorurteillos Berichterstatter längst unwiderleglich festgestellt haben, und wie sie im besonderen die sozialdemokratische parlamentarische Kritik wiederholt nachdrücklich hervorgehoben hat: für unabsehbare Zeit ist jede richtige wirtschaftliche Kolonisation ausgeschlossen, dafür aber bleibt die Gewißheit, daß der deutsche Steuerzahler zur höheren Ehre abenteuerlicher Kolonialpolitik noch ungezählte Millionen opfern darf, ganz zu geschweigen von dem jungen deutschen Volk, mit dem diese Sandwüste noch gefärbt werden wird.

Eine Annäherung sondergleichen nehmen sich manche Kreischauspektoren in Preußen heraus. So wird der „Frankf. Ztg.“ aus der Provinz Posen geschrieben: „Hier nehmen auf Wunsch der Regierungen die

Kreisinspektoren ab und zu an den Lehrervereinigungen teil. In jüngster Zeit ist es nun wiederholt vorgekommen, daß Kreisinspektoren über die Lehrervereine Rechte in Anspruch nahmen, die ihnen nicht zustehen. So wollte unlängst sogar einer dieser Herren eine Lehrerversammlung auflösen. (1) Selbstverständlich lehnte sich die Versammlung nicht im mindesten an diesen Auflösungsbeschl. In einem andern Fall ließ ein Kreisinspektor dem Vorsitzenden eines Lehrervereins mündlich mitteilen, er sei der Vorgesetzte der Lehrer und somit auch des Lehrervereins und verbiete einen Fall, der eine Denunziationsangelegenheit betraf, im Verein zu erörtern. Hier und da wird deshalb bereits in der Lehrerschaft die Frage erwogen, ob es unter solchen Umständen nicht besser sei, auf die Teilnahme der Kreisinspektoren an den Vereinsversammlungen Verzicht zu leisten. — Es ist unerhört, daß Kreisinspektoren sich derartige Freiheiten erlauben dürfen. Die Lehrer sind doch keine Kinder!

Die sozialpolitische Unfruchtbarkeit des verflochtenen Reichstagsabschlusses wird von der „Sozialen Praxis“ wie folgt glosiert: „Es ist keine einzige positive Tat der Sozialreform in dieser sechs Monate währenden Session zu Stande gekommen, und die langwierigen Debatten vermögen für diesen Mangel ebensowenig Ersatz zu gewähren wie die Bertrübungen auf die Zukunft. Das schon am 31. Januar 1904 zugelegte, vom Bundesrat Ende November 1905 beschlossene und von der Thronrede förmlich verheißene Gesetz über die Berufsvereine ist nicht einmal vorgelegt worden, weil keine Möglichkeit der Durchberatung vorhanden gewesen, hat Graf Potjomkin erklärt. Das ist ein sehr düstertiger Grund; die Regierung hat schon oft Entwürfe veröffentlicht und zur Diskussion gestellt, die erst nach Jahren zur parlamentarischen Verabschiedung gekommen sind. Eine erste Lesung der Berufsvereinsvorlage und die Ueberweisung an eine Kommission hätte sich bei erstem Willen der Regierung und des Reichstages unter allen Umständen trotz des Dranges der Geschäfte ermöglichen lassen. Aber eben an diesem ersten Willen hat es gefehlt, auch beim Reichstag. Hat er doch nicht einmal seine eigenen Anträge für eine gesetzliche Regelung der Heimarbeit einer Erörterung unterzogen! Nun soll diese sozialpolitische Aktion wie so manche andere für den Beginn des nächsten Arbeitsabschlusses, der am 13. November dieses Jahres anfängt, angelegt werden. Und von einer offiziellen Korrespondenz werden schon jetzt aufs neue die schönsten Versprechungen gemacht, was für Herlichkeiten dann aufgezählt werden sollen: Berufsvereinsgesetz, Krankenversicherung der Heimarbeiter, Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter, Regelung der Tabakhandelsindustrie, Denkschrift über die Verhältnisse der Privatbeamten. Wir wollen es abwarten. Vorberhand lebt die Regierung in der Sozialpolitik von Erhebungen, Vorarbeiten und Verfügungen, der Reichstag aber von Reden, Anträgen und Resolutionen. Die wirklichen Taten fehlen seit einigen Jahren; Kinderzuschuß und Kaufmannsgerichte waren die letzten. Um so kräftiger regt sich die Selbsthilfe bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Ausgestaltung der Organisationsaufgaben auf beiden Seiten, in Arbeitskämpfen und Tarifabschlüssen; besonders bemerkenswert ist neuerdings der starke Aufschwung der Privatbeamtenbewegung, die enorme Zunahme der Gewerkschaften und die straffe Organisation der Arbeitgeber.“ So berechtigt die Klage ist, bietet sie doch nichts neues. Die deutsche Sozialpolitik hat trotz aller Vobeshypanen, die ihr von bürgerlichen Sozialpolitikern gesungen worden sind, fast immer nur hinter den Tatsachen hintangeht. Sie hat immer nur geflüstert, was für große Kreise schon Wirklichkeit war. Man denke nur daran, daß man sich heute immer noch dagegen sträubt, nur den Lehrentag — für Frauen festzusetzen, während er schon fast allgemein in der Industrie durchgeführt ist und in manchen Berufen schon der neun Stunden tag starke Verbreitung gefunden hat. Eine ernsthafte Sozialpolitik soll aber bahnbrechend wirken, nicht nur festlegen, was schon vielfach überholt ist.

Eine Protestresolution gegen die Fahrkartensteuer hat der Verbandsvorstand deutscher Mietervereine in Leipzig beschloffen. Derselbe lautet: „Der Vorstand des Verbandes deutscher Mietervereine weiß sich mit allen einschlägigen Wohnungsreformen einzig in der Ansicht, daß jede Verteuerung der Beklehrs mittel eine Schädigung und Hemmung der Wohnungsreform bedeutet, und bedauert es daher aufs tiefste, daß sich im Reichstage eine Mehrheit für die Bewilligung der Fahrkartensteuer gefunden hat; er bedauert dies um so mehr, als sich unter den Befürwortern dieser Steuer Leute befinden, die in der Geschichte der Wohnungsreform eine Rolle gespielt haben. Unsere Vereine werden sich bei den nächsten Reichstagswahlen ihre Kandidaten etwas genauer ansehen müssen.“ — Die Hauptsache ist, daß die Mitglieder der Mietervereine bei den nächsten Wahlen alle Fahrkartensteuerschwärmer aus dem Reichstage hinauswerfen helfen.

Die Reichstagswahl in Mittel-Posensien findet am 10. Juli statt.

Die nächste Folge der Zigarettensteuer wird voraussichtlich eine Krise in der deutschen Zigarettenindustrie, speziell für die in dieser Industrie beschäftigte Arbeiterkraft, sein. Inzwischen wird in allen deutschen Zigarettenfabriken mit Hochdruck gearbeitet. Die Händler können die Vorräte, die sie am 1. Juli d. S. beim Inkrafttreten des neuen Gesetzes anmelden, noch bis zum 1. September ohne die Last der neuen Steuer verkaufen, die Fabrikanten ihre Erzeugnisse bis zum 1. August. Daher bemühen sich die Händler, ihre Vorräte jetzt an den Mann zu bringen und neue bis zum 1. Juli in möglichst großen Mengen aufzustapeln. Und die Fabrikanten strengen sich dementsprechend an, bis zum Ablauf der Frist möglichst viel Ware fertigzustellen. Die Folge wird sein, daß nach dieser Ueberproduktion zeitweilig eine Stöckung eintritt, und viele Arbeiter und Arbeiterinnen werden höchst wahrscheinlich auf längere oder kürzere Zeit beschäftigungslos werden. Die Ausländer unter dieser Arbeiterkraft könnten dann leicht den deutschen Gemeinden zur Last fallen. Dem sucht man, wie das „Berliner Tageblatt“ schreibt, dadurch vorzubeugen, schon jetzt viele ausländische, namentlich russische Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie auszuweisen. Ja

einer großen Fabrik im Norden Berlins haben 100, in anderen 50 und so weiter den Ausweisungsbefehl erhalten. Und was wird man mit den heimischen, durch die Reichsfinanzreform um Lohn und Brot gekommenen Arbeitern anfangen? Den sozialdemokratischen Antrag, sie von Reichs wegen zu entschädigen, hat der Reichstag abgelehnt. Sie können also sehen, wo sie bleiben. Das Reich kümmert sich um die vernichtenden Wirkungen seiner Steuern nicht, wenn Arbeiter die Betroffenen sind.

Zentrum und Welfen Arm in Arm. Der Reichstags Abgeordnete Erzberger hat ein Schreiben an den Vorsitzenden des Zentrumswahlkomitees in Hannover geschickt, in welchem er mittel, daß es ihm unmöglich ist, unter den gegebenen Verhältnissen die Kandidatur in Hannover anzunehmen. Er fügt hinzu: „In völliger Uebereinstimmung mit dem Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages muß ich hier mehr erklären, daß es mir dringender Wunsch ist, daß die Zentrumswähler in Hannover ihre Stimmen sofort im ersten Wahlgang auf den Kandidaten der deutsch-hannoverschen Partei, Herrn von Danneberg, abgeben.“ — Unseren Genossen kann diese Entwicklung der Dinge nur angenehm sein. Sie werden dafür sorgen, daß auch der Zentrumswahl nach der Wahl noch Kandidat bleibt.

Vom Dividenden-Müller. Der Abgeordnete Dr. Müller-Sagan, der Leiter der „Freien Deutschen Presse“, hatte vor längerer Zeit bei der Regierung beantragt, seinen parlamentarischen Namen auch als Privatmann für sich und seine Familie führen zu dürfen. Die Genehmigung wurde auch erteilt, nachdem sich die Stadtverordneten von Sagan, gegen den Wunsch des Bürgermeisters, mit Stimmenmehrheit dafür ausgesprochen hatten. Man hat aber der Kreis Sagan durch den Kreisauskunft gegen diese Genehmigung Protest erhoben. Man ist gewillt, eventuell die Entscheidung der höchsten Instanz herbeizuführen. — Wenn dem eifigen Herrn der schlichte bürgerliche Name Müller auch für sein Privatleben nicht mehr genügt — wie wäre es denn, wenn er beantragte, offiziell den Namen — Dividendenmüller führen zu dürfen? Diese Vervollständigung seines Namens würde kaum und treffend den wesentlichsten Unterschied zwischen dem Saganer und seinen zahlreichen Namensvettern bezeichnen; sie dürfte daher der großen Schär der gewöhnlichen Müller recht angenehm sein und würde fatalen Verwechslungen vorbeugen.

Die neueste Verlustliste aus Südwesafrika weist 8 Tote und 1 Verwundeten auf.

Rußland.

Aus der Duma. Die Dienstag-Sitzung gab in ihrem zweiten Teil Gelegenheit, der Regierung in veränderter Form das Mißtrauen der Duma auszusprechen und förmlich trat ihr das Verlangen nach ihrem Rücktritt entgegen. Der Landwirtschaftsminister Stiskinski und der Gehilfe des Ministers des Innern, Gurko, gaben sich Mühe, den Standpunkt der Regierung zu verteidigen und zeitweilig schen es auch, als ob sie Einbruch machten. Aber die ebenso scharfen wie sachlichen Reden der Abgeordneten Petrunewitsch und Herzenstein verwischten diesen Einbruch alsbald. Beide Redner trieben die Regierung in die Enge und wiesen ihren beiden Vertretern nach, daß sie den Stoff nicht genügend beherrschten, um diese Lebensfrage des russischen Volkes zweckentsprechend vor der Duma vertreten zu können. Allgemeinen Beifall und die Zustimmung des gesamten Hauses fand auch Graf Heyden, der meinte, Petrunewitsch und Herzenstein hätten sich schon zu lange mit dem Ministerium aufgehalten; er fände es für richtiger, wenn die Duma, die bereits dem Gesamtministerium ihr Mißtrauensvotum ausgesprochen habe, selbige nun vollständig ignorieren und sich statt dessen in fruchtbringender Weise mit dem Gegenstand der Tagesordnung beschäftigen werde. Diese Haltung des Grafen Heyden ist kennzeichnend für die Stimmung selbst in den Kreisen, denen dieser als äußerst gemäßigter liberal bekannte Abgeordnete angehört. Die Regierung hat auch in diesen Kreisen jede Stütze verloren. — In der gestrigen Sitzung der Reichsduma gab es wieder erregte Debatten gegen die Regierung, die durch keinen einzigen Minister vertreten war; nur der General Pawlow, der Oberprokurator des Militärgerichtes, war in der Ministerloge anwesend. Ueber die Sitzung wird berichtet: Die Debatte über die Agrarfrage wurde ausgesetzt, da ein Änderungsantrag zu vorliegenden Artikeln über die gesetzgeberische Zuständigkeit der Duma vorlag. Bei der Besprechung der allgemeinen Lage im Lande hielten die Abgeordneten Anikin, Aladin und Rodikschew heftige Reden gegen die Regierung. Die Abgeordneten Graf Heyden, Levin und Winamare wiesen darauf hin, daß die Duma nur den Weg von Gesetzentwürfen beschreiten dürfe. Die Duma erklärte sich dann damit einverstanden, den oben erwähnten Änderungsantrag an eine Kommission zu verweisen. Die Sitzung wurde dann um 1 Uhr 45 Min. auf eine Stunde v. rügt. Nach der Pause wurde die Debatte über die Agrarfrage fortgesetzt. Mehrere Redner hielten lange Reden, während deren zahlreiche Abgeordnete sichtlich ermüdet den Saal verließen. Der Präsident teilte mit, es sei ein Antrag eingegangen, nach welchem der Minister des Innern Tulpin, der früher Gouverneur in Saratow war, über ungeschickliche Handlungen interpelliert werden solle, die der Gouverneur von Saratow, Tulpin, begangen habe, und aufgefordert werden soll, gegen den Gouverneur eine Untersuchung zu eröffnen. Graf Heyden beantragte, die Interpellation eine ernstere Form zu geben, denn die beiden Tulpin seien ein und dieselbe Person. Der Interpellationsantrag wurde dann ebenfalls an eine Kommission verwiesen, worauf das Haus sich bis Freitag vertagte.

Ägypten.

Ein eingeborener Stamm griff die Garnison von Talabian und tötete 40 Ägypter. Nach Talabian sind Truppen von Omden und Abendi entsandt. Der Aufstand ist anscheinend ganz plötzlich ausgebrochen und trägt einen rein lokalen Charakter.

Spanien.

„Die Polizei stellt fest.“ Die Polizei hat festgestellt, daß Mateo-Morales auch der Urheber des vor einem Jahre gegen den König von Spanien

und den damaligen Präsidenten Boubet der Rue de Mohan in Paris verübten Bombenanschlages gewesen ist.

Mexiko.

Blutiger Arbeiterkampf an der mexikanischen Grenze. In der Nacht zum Sonntag 1000 nahe Grenze der Vereinigten Staaten in der mexikanischen Kupfergrube La Cananea ein schreckliches Kampf zwischen mexikanischen Arbeitern und Arbeitern aus dem Vereinigten Staaten. Zwischen Amerikanern und Mexikanern herrschte erbitterte Feindschaft. Amerikanische Kapitalisten haben reichen Kupferbergwerke an sich gezogen und zahlreiche amerikanische Arbeiter in das Land gezogen. Diese werden besser bezahlt als die mexikanischen Arbeiter, die auf erdlich niedrigerer Kulturstufe stehen und sich durch ihre Zu aus den Vereinigten Staaten in ihrer Existenz schwer droht sehen. Daher häufige Zwistigkeiten und Feindschaften. Ueber die letzten, wahrhaft graufigen Kämpfe Arbeiter unter einander wird aus New York gemeldet. In La Cananea, 45 Meilen südlich von der mexikanischen Grenze in Sonora County, Mexiko, wo sich die Anlagen der wohlbekannten Greene Consolidated Copper Company befinden, entstand während der Nacht ein Rassenkampf zwischen mexikanischen und amerikanischen Arbeitern. Wurden 100 Personen erschossen; die Zahl Toden und Verwundeten wird auf 450 geschätzt. Mexikaner flüchten die Stadt La Cananea in Pan und versuchten, die Schmelzöfen in ihren Besitz zu bekommen. Die Schlacht raste in der brennenden Stadt die ganze Nacht hindurch. Colonel Greenes Soldatenniederlage ist durch General Perford und der Schaden beträgt 500 000 Dollar (2 Millionen Mark). La Cananea steht in Flammen. Flüchtlinge melden, daß sie der Verflörung gewillt ist. Amerikanische Kavallerie hat die Grenze überschritten. Altade war von den Mexikanern geplant, und die Amerikaner waren unbewaffnet, als der Angriff erfolgte. Die Stadt hat 22 000 Einwohner, die Hälfte davon Amerikaner die ist in großer Zahl flüchten. In Cananea bestand schon länger Zeit Zwist und Haber zwischen amerikanischen und mexikanischen Grubenarbeitern. Kürzlich wurde das Wohnhaus des Bergwerksleiters mit Dynamit zerstört und ein städtischer Polizist von einem Amerikaner erschossen. Da folgte der Streik. Die Mexikaner waren erbittert weil sie annehmen, daß sie durch Amerikaner ersetzt werden sollten. Die Entsendung der amerikanischen Truppen erfolgte auf den Hilferuf des Bundesstaats. Der Gouverneur von Sonora ist nach dem Schloß abgereist, um die Ruhe herzustellen, was denn auch in Laufe des Sonnabends vorläufig gelungen ist. Eine weitere Meldung besagt: In den Kupfergruben von Cananea ist Unruhe ausgebrochen. Die Mexikaner haben Eigentum im Werte von 250 000 Dollars eingesehert, da unter den Holzplatz der Minengesellschaft und das Bureau gebäude, und den Zugang zum Pulverhaus mit Dynamit gesprengt, um sich Waffen und Munition zu verschaffen. Es folgte ein heftiger Kampf mit der Polizei, wobei es auf beiden Seiten mehrere Tote gab. Die Zahl der ausländigen Arbeiter beträgt 50 000. Davon den mexikanischen Arbeitern bedrohten Amerikaner verbarrikadierten sich in der Brasshrynaner Kirche. Eben wurde das Wohnhaus des Minenbesitzers Green von ihnen verbarrikadiert und in Verteidigungszustand versetzt. Von Raco sind 100 bewaffnete Amerikaner nach Cananea abgegangen. Bei Bosse hatten in der Nacht zum Sonntag Mann aus Bisbee, die die Grenze bewachten, einen Zusammenstoß mit mexikanischen Zollbeamten, wobei es zu Blutvergießen kam.

Bum Schleswig-holsteinischen Städtetag.

Die unterzeichnete Agitationskommission hat an den Städtetag in Altona, zu Händen des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Fuß in Kiel folgendes Schreiben gerichtet:

„Auf der Tagesordnung des diesjährigen Städtetages steht die Frage der Umgestaltung des in Schleswig-holstein geltenden kommunalen Wahlrechts. Zeitungsnachrichten zufolge soll auch erörtert werden, ob und inwiefern den arbeitenden Klassen die Möglichkeit gewährt werden soll, Vertreter in die Stadtverordneten-Versammlung zu entsenden und die Mitglieder der Magistrat zu wählen.“

Namens der Schleswig-holsteinischen Arbeiterkraft richtet die unterzeichnete Agitationskommission der Sozialdemokratischen Partei für die Provinz Schleswig-holstein an den Städtetag das Ersuchen, sich für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts entscheiden zu wollen.

Dem zur Zeit in unserer Provinz bestehenden kommunalen Wahlrecht ist von fast allen bedeutenden Stadtverwaltungen eine Gestalt gegeben worden, die die Arbeiterkraft fast gänzlich von der Stadtvertretung ausschließt. Bei der Reichstagswahlwahl im Jahre 1903 entfielen von den insgesamt in Schleswig-holstein abgegebenen Stimmen in Höhe von 247 177 rund 109 189 Stimmen auf die Kandidaten der Sozialdemokratie. In Kiel wurden von 26 184 Stimmen 16 761 sozialdemokratische Stimmen gezählt. Gleichwohl sind unter den 30 Stadtverordneten nur zwei Arbeitervertreter. Noch schärfer tritt das Mißverhältnis in Altona hervor. In der Stadt Altona wurden bei der letzten Reichstagswahl insgesamt 22 317 Stimmen 15 859 sozialdemokratische Stimmen, also ca. 71 %. Mit diesem Prozentsatz ist Altona derjenige Reichstagswahlkreis Deutschlands, der die relativ stärkste Anzahl sozialdemokratischer Stimmen aufweist. Dagegen befindet sich unter den 36 Stadtverordneten nicht ein einziger Sozialdemokrat. Es gibt keine preußische Stadt von der Größe Altonas, deren Stadtverordnetenversammlung auch nicht einen einzigen Vertreter der arbeitenden Klassen in ihrer Mitte zählt.

Diese aller Gerechtigkeit hochsprühenden Verhältnisse sind auf die Dauer nicht erträglich. Das Reichstagswahlrecht gewährt jedem Staatsbürger ohne Unterschied des Berufes und des Vermögens nach Vollendung des 25. Lebensjahres das gleiche Wahlrecht. Wenn die Gesetzgebung jedem Bürger das Recht und die Befähigung zur Mitwirkung an den Angelegenheiten des Reiches zuspricht, so muß sie logischerweise das Gleiche für den weit enger begrenzten Kreis der kommunalen Verwaltung tun. Der Einwand, daß der Städtetag gegenüber die Befähigung des Bürgers sich in der Hauptsache auf das Steuerzahlen beschränken und danach

also auch die kommunalpolitischen Rechte des Bürgers im Gegensatz zu den Pflichten und Rechten des Staatsbürgers bewiesen werden müßten, verrät eine derartige beschränkte Auffassung von den Aufgaben der Kommune und von der Stellung des Bürgers in der Kommune, daß es eine Verleumdung des Städtebürgers wäre, diesem Argument eine weitläufige Widerlegung zuteil werden zu lassen.

Zur Zeit werden die Stadtverordnetenversammlungen beherrscht von den verschiedenen Interessengruppen der verschiedenen Klassen. Die großen Unternehmer, die Hausbesitzer, die Groß- und Kleinhändler haben die ausschließliche Herrschaft in den Stadtparlamenten und bestimmen deren Entschlüsse. Die Arbeiterklasse steht mit diesen Klassen vielfach in den härtesten wirtschaftlichen Kämpfen. Widerspruchlos muß sie die kommunalen Maßnahmen über sich ergehen lassen, die von ihren Gegnern für gut befunden werden.

Unter dieser einseitigen Interessenpolitik leiden nicht allein die arbeitenden Klassen. Es ist z. B. bekannt genug, daß eine vernunftgemäße Wohnungspolitik, die die Interessen aller Mieter wahrnimmt, trotz der Bemühungen weisichtiger Magistratsmitglieder vielfach scheitert an der Egoisterei und dem Egoismus eines haushälterischen Bürgers.

Gegenüber haben selbst unsere Gegner den Eifer und das Verständnis anerkannt müssen, mit dem die Arbeitervertreter sich in den kommunalen Körperschaften betätigt haben. Als neues Zeugnis hierfür nehmen wir Bezug auf die Verhandlungen der Kommission für die Reform der Strafprozessordnung. In dieser aus konservativen Juristen und bürgerlichen Parlamentariern zusammengesetzten Kommission wurde mehrfach hervorgehoben, „daß die Arbeiter auf allen Gebieten der staatlichen und kommunalen Verwaltung vielfach reges Interesse und großes Verständnis für die ihnen zugewiesenen Aufgaben gezeigt hätten.“ (Vergleiche Protokolle der Kommission für die Reform der Strafprozessordnung Band 1, Seite 398)

Ein geistig entwickeltes, klassenbewusstes Proletariat ist nicht gewillt, sich länger als willenloses Objekt einer einseitigen Herrschaft behandeln zu lassen. Die Demokratisierung des Wahlrechts ist heute das Zeichen, unter dem das politische Leben aller Völker steht. Das schleswig-holsteinische Proletariat ist daher entschlossen, mit allen zulässigen Mitteln sowohl gegen das heutige Genuswahlrecht wie gegen ein etwa beabsichtigtes Klassenwahlrecht zu kämpfen. Ebenso protestiert es gegen jeden Versuch, die Wahl der Magistratspersonen noch mehr als bisher einzuzengen. Für die Magistratswahl und für die Stadtverordnetenwahl darf nur ein und dasselbe Wahlrecht gelten und zwar ein besseres Wahlrecht als das von heute. Die Erhebung des Wahlrechts auf gleiche, geheime und direkte Wahlrechts ist unser Ziel. Wir sind uns bewußt, daß wir dies nicht im ersten Anlauf erreichen werden. Die Arbeiterklasse wird aber nicht ruhen in diesem Kampfe und ist entschlossen, ihn zu führen mit der Energie, mit der das Proletariat seine politischen und wirtschaftlichen Kämpfe zu führen gewohnt ist.

Die politische Einsicht der leitenden Kreise kann diese Kämpfe verhindern oder doch wenigstens mildern. Wir appellieren nicht an die Gerechtigkeit. Wir wissen, daß in der Politik nicht eine ausgleichende Gerechtigkeit, sondern das Klasseninteresse der bestimmende Faktor ist. Aber wir erwarten von der politischen Klugheit der maßgebenden Kreise, daß sie unserem Verlangen Folge leisten und daß dem Proletariat schon jetzt diejenige Anteilnahme an der städtischen Verwaltung gewährt wird, die ihm nach seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung gebührt.

Die Agitationskommission der sozialdemokratischen Partei für die Provinz Schleswig-Holstein in Altona.
S. A.: Fr. Bartels.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 7. Juni.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zuzug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Die hiesigen Bauschlosser sind in den Ausstand getreten. Der Zuzug ist streng fernzuhalten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheerer verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft des Herrn Bies, Fadenburger Allee, ist die Sperre verhängt worden.

Achtung, Kutcher! Nachstehender Betrieb hat die Forderungen der Kutcher nicht bewilligt: E. G. Wers, Nachsäge-Allee 10. Ueber diesen Betrieb ist die Sperre verhängt worden. Kein aufgellärter Kutcher darf in demselben Arbeit annehmen.

Achtung, Hühnschiffer! Ueber den Betrieb von A. S. W. ist die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Ueber das Geschäft des Bauunternehmers Schmidt in Kasori ist die Sperre verhängt worden.

Hohe Dividenden — niedrige Arbeitslöhne! So lautet schon seit langer Zeit die Devise der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft. Anscheinend ist nun verschiedenen Leuten die bereits gezahlte hohe Dividende noch nicht hoch genug, und so sucht man denn zu sparen, und zwar an den Arbeitslöhnen. In den gegenwärtigen teuren Zeiten ist dies Verfahren doppelt verwerflich, aber was kümmert das jene Leute! So wurde dieser Tage in der Schmiebe obiger Gesellschaft ein Glühofen und eine dazu gehörige Presse aufgestellt, mit welchen Maschinen die speziell für Waggon- und Maschinenbau nötigen Arbeiten ausgeführt werden sollen. Moderne

Menschen können gewiß nichts dagegen einwenden, wenn Unternehmer sich die Fortschritte der Technik zu nütze machen; hier sollen jedoch durch die neuen Maschinen die Arbeiter noch mehr ausgebeutet und der Verdienst derselben erheblich geschmälert werden, und das muß entschieden verurteilt werden. Früher, als die Presse noch nicht vorhanden war, gab es für Schachtbolzen 28 Bfg., jetzt sollen nur 16 Bfg. dafür gezahlt werden, und zwar für 8 Stücken 3 Bfg. und für 12 Stücken 12 Bfg. Da der etwa 40 Millimeter dicke Rundstahl nur rotglühend gemacht werden darf, ist es ganz unmöglich, einen solchen Bolzen für den obigen Preis zu lochen. Noch schlimmer ist es mit der Herstellung von Schrauben; für dieselben wurden in früheren Jahren 1,05 Mk. gezahlt, jetzt gibt es nur noch 4 Bfg. da. Der Betriebsleiter meinte in seiner „menschenfreundlichen“ Weise, wer die Schäden für diesen Preis nicht leisten kann, der fliegt raus. Wenn man weiter annimmt, die Fabrikleitung hätte bei der Aufstellung der neuen Maschinen auch Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter genommen, so ist man sehr im Irrtum. Der Aufenthalt in der Werkstätte, die schon an und für sich eine able Lage hat, da sie nur durch eine Wetterwand von der Gießerei getrennt ist, so daß bei westlichem Winde in derselben eine außerordentlich schlechte Luft herrscht, ist durch den mit Rots geheizten Glühofen fast unerträglich geworden, zumal die Hitze und Gasaussäunungen erschlaffend auf die Nerven wirken. Fachleute, die doch wahrlich genügend in der Fabrik vorhanden sind, hat man überhaupt nicht um ihre Meinung bei Aufstellung des Glühofens gefragt. Jedenfalls weiß beispielsweise der Vorarbeiter, welcher selbst noch vor einigen Jahren vor dem Feuer gestanden hat, ganz genau, wie schädlich die Hitze und der Dunst auf die Gesundheit der Leute einwirkt. Aber dieser Mann scheint überhaupt das Verständnis für die Arbeiter und deren berechtigtes Verlangen verloren zu haben. So wurde vor einiger Zeit von ihm einem Arbeiter, der unentschuldig von der Arbeit fernblieb, weil er für seine eben verstorbenen Mutter die Beerdigungsformalitäten vornehmen mußte, gegenüber erklärt, daß sein Grund zum Zuhausebleiben. Leider veräumte der also „Zurechtgewiesene“, dem geschlossenen Vorarbeiter die treffende Antwort zu geben. Aus all dem vorstehend angeführten ist ersichtlich, wie wenig Rücksicht man in der Maschinenbau-Gesellschaft auf die Gesundheit und Lebensführung der Arbeiter nimmt, wenn es gilt, den heiligen Profit zu vermehrern. An den Arbeitern selbst liegt es, hier für eine Besserung zu sorgen.

Rembrandt-Album. Interessenten zur Nachricht, daß die Vorkauf-Liste am Freitag den 8. Juni abends geschlossen wird. Bis dahin werden im Arbeitersekretariat, Johannisstr. 48 part., noch Bestellungen angenommen.

Die Tagesordnung der Bürgerchaftsversammlung, die am Montag abend stattfindet, lautet folgendermaßen: I. Wahl der Kommissionsmitglieder für die Kommission zur Beratung des Senatsantrages, betr. Verampfung der sog. Serien- und Brämienlosgesellschaften. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Ein in nicht öffentlicher Versammlung der Bürgerchaft zu verhandelnder Antrag. 2. Anlauf eines Teiles der Cabellischen Hofstelle in Küdnitz für den Staat. 3. Bau einer Kapelle auf dem Bormwerker Friedhof. 4. Festlegung der im Rechnungsjahre 1906 in den Vorstädten auszuführenden Wege- und Sietarbeiten. 5. Verleihung des Enteignungsrechtes an die Baudeputation zum Erwerb einer vor dem Hause Untertrave Nr. 111-122 gelegenen Fläche. 6. Anwendung des Enteignungsgesetzes gegen den Räuhereibesitzer Schumacher. 7. Einrichtung einer Schweinefarm und Schweinezucht in der hiesigen Quarantänestation für Schweine. 8. Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch. 9. Revision des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht. IV. Antrag von August Wape auf Revision der Verfassung. V. Antrag von Dr. Leberkühn und 23 Mitgliedern: Der Senat wolle eine von ihm zu bestimmende Zentralstelle mit der einheitlichen Bearbeitung aller der Fragen betrauen, die sich durch die Befriedelung des linken unteren Trauenufers in Folge der dort stattfindenden industriellen Entwicklung ergeben. VI. Antrag von Dr. Wittern: Die Bürgerchaft wolle den Senat ersuchen, eine Revision der Gehalte der Gerichtsvollzieher und der Pfandmeistergehilfen in Ermägung zu ziehen.

Benutzung der Vorderseite von Postkarten zu schriftlichen Mitteilungen. Nach den gegenwärtig geltenden Bestimmungen ist es bekanntlich nur im innern deutschen Verkehr sowie im Verkehr mit den europäischen Ländern gestattet, bei Ansichtspostkarten die linke Hälfte der Vorderseite zu schriftlichen Mitteilungen an den Adressaten zu benutzen. Bei gewöhnlichen Postkarten (ohne bildliche Darstellungen) war dies bisher nicht gestattet. Nach einem Beschlusse des Weltkongresses in Rom soll es künftig allgemein im Verkehr zwischen sämtlichen zum Weltpostverein gehörenden Ländern gestattet sein, sowohl auf gewöhnlichen Postkarten, wie sie die Post an das Publikum verkauft, als auch auf Ansichtspostkarten die linke Hälfte der Vorderseite zu schriftlichen Mitteilungen zu benutzen. Die neue Bestimmung tritt jedoch, worauf wir besonders hinweisen, im internationalen Verkehr erst am 1. Oktober 1907 in Kraft; für den inneren deutschen Verkehr wird die Reichspostverwaltung jedenfalls einen früheren Termin festlegen.

Die öffentlichen Badeanstalten „am Finkenberge“ (Militärschwimmhalle) in der Vorstadt St. Lorenz und „Marli“ in der Vorstadt St. Gertrud werden vom Dienstag, den 12. ds. Mts. ab geöffnet sein; an den Wertagen von 5 Uhr vormittags bis 3 1/2 Uhr nachmittags und von 6 1/2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends, an den Sonntagen und Feiertagen von 5 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags. Das Baden ist unentgeltlich. Der Gebrauch von Badehosen ist vorgeschrieben. Auf Verlangen wird das Schwimmpersonal des hiesigen Regiments Schwimmanunterricht erteilen. Für diesen Unterricht ist bei der Anmeldung dem Oberaufseher im voraus gegen Quittung eine Vergütung von 3 Mt. zu zahlen.

Die erste Frühlingsblütenperiode naht sich ihrem Ende, und an den Pfingsttagen, welche sonst von der vollsten Blütenpracht geschmückt werden, war von dieser Herrlichkeit weniger als in anderen Jahren zu sehen. Von den Fliederbüschen sind die Blüten verwelt zu Boden geriekt, und auch der Goldregen läßt bereits seine goldgelben Schmetterlingsblüten fallen. Das unerfreuliche Wetter der letzten Tage half auch seine Herrlichkeit vernichten. Die Herrschaft in der Frühlingslandschaft führen nur noch die robuster gebauten Blütenbüsche des Weißdorns und Rotdorns in ihren verschiedenen Spielarten, vom Weiß bis zum tiefsten Purpurrot und von der einfachen Blüte bis zur dicht gefüllten rosenähnlichen Blüte, welche besonders der Weißdorn in großer Vollendung zeigt. Wenn nun auch von den Blumenbeeten die ersten Frühlingsblumen verschwunden, sind an ihre Stelle doch andere getreten, welche diesen Platz für den ganzen Sommer einnehmen sollen und bereits erhebt im Freien ihr Haupt die Königin der Blumen: die Rose.

Handelsregister. Am 6. Juni 1906 ist eingetragen:

1. die Firma Hermann Windel sen. in Lübeck. Inhaber: Hotelbesitzer S. A. Windel in Lübeck. 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Bode u. Sohn in Schlutup. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter, Räuhereibesitzer J. J. Bode in Schlutup, ist alleiniger Inhaber der Firma. 3. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Schlichting u. Quasdorff in Genin: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.

Schwartau. Ein Streitfall, welcher demnächst hier zur Entscheidung der Aufsichtsbehörden kommt, beschäftigt vor kurzem unsere Gemeinde. Es handelt sich um den 16-jährigen Bornemann, welcher schon mehrfach mit Gefängnis bestraft ist und daselbe erst vor kurzem verlassen hat. Der Gemeindevorsteher war nun der Meinung, daß B. nach dem Schulgesetz noch schulpflichtig ist, weil derselbe noch nicht konfirmiert ist, während der Hauptlehrer sich weigerte den B. aufzunehmen, da seine ganze Klasse dadurch verborben würde. Als nun der Pastor von der Schule sowie Armenkommission erfragt wurde, B. zu konfirmieren, weigerte sich derselbe ganz entschieden. Es wird nun die Regierung zu entscheiden haben, ob B. noch schulpflichtig ist oder ob der Pastor verpflichtet ist, denselben zu konfirmieren. Von der sonst bei jeder Gelegenheit gepredigten Nächstenliebe ist bei dieser Angelegenheit überhaupt nichts zu merken.

Schwartzau. Das hiesige Gewerkschaftskartell beschloß in seiner am Dienstag abgehaltenen Sitzung einstimmig, ein Gewerkschaftsfest am 19. August hierorts abzuhalten und hierzu die umliegenden Dörfer einzuladen.

Reusefeld. Ein größeres Feuer entstand gestern Nachmittag 3 Uhr auf dem nahen Cleverhof. Dort brannte das sogenannte Holländerhaus, das von zwei Familien bewohnt wird, nieder. Weiter wurde eine nahegelegene Rauchkammer mit dem größten Teil ihres wohlgeschmeckten Inhalts ein Raub der Flammen. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt. — Der bei dem Brande am zweiten Pfingstfesttage in Reusefeld inhaftierte Arbeiter Karsten ist nach einem Verhör, welches am 5. Juni auf dem Amtsgericht zu Schwartzau stattfand, aus der Haft entlassen.

Niendorf a. D. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Harbt ist die Sperre verhängt.

Hamburg. Verbranntes Kind. Das drittehalbjährige Kind eines in der Gäntherstraße wohnenden Geschäftsmannes spielte vorgestern, während die Mutter sich auf kurze Zeit entfernt hatte, in der Küche der elterlichen Wohnung mit Streichholzern. Dabei gerieten ihm die Kleider in Brand. Als die Mutter zurückkehrte, stand ihr Liebling in hellen Flammen. Ein herbeigeholter Arzt legte dem durch Brandwunden schwer verletzten Geschöpf einen Notverband an und ließ es in ein Krankenhaus schaffen, wo es starb. — Sieben Personen ertranken. An den beiden Pfingsttagen sind im hiesigen Hafen, auf der Augenkammer, bei Neumühlen und bei Schulan in Folge Kenterns von Segelböten insgesamt 7 Personen ertrunken. Nur in 2 Fällen gelang es, die Leichen zu bergen. — Von der ertrunkenen Mannschaft des Fischdampfers „Diana“ ist die Leiche des Rochs Rudolph Meyer in der Nähe des fünften Elbfeuerwerks von dem Fischerfutter „S. 66“ geborgen und in Cuxhaven gelandet worden. Es ist wohl anzunehmen, daß alle acht Leute, die sich bei der schon von uns geschilderten Katastrophe mit Schwimmwesten versehen, dem Meere anvertrauten, ertrunken sind.

Hamburg. Der Streit in den Schuhreparaturwerkstätten ist beendet. Am Dienstag abend wurde in einer Versammlung des Zentralvereins deutscher Schuhmacher von der Verwaltung mitgeteilt, daß der größere Teil der Reparaturwerkstätten die Forderungen der Arbeiter bewilligt hätte und es sich unter diesen Umständen wohl empfehle, den Streit der in den Reparaturwerkstätten beschäftigten Arbeiter für beendet zu erklären. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, den Streit nach fünfwöchiger Dauer für beendet zu erklären, dagegen sollen die Sperren nach wie vor fortbestehen. — Zur Lohnbewegung im Baugewerbe. Der Zentralverband der Zimmerer und Berufsgenossen hatte zu Dienstag abend eine Extra-Mitglieder-Versammlung nach dem „Hamburger Ballhaus“ einberufen zur Vornahme einer Urabstimmung über die Unterbreitung der Forderung auf Gewährung eines 80 Pf.-Stundenlohnes. Der Vorsitzende teilte mit, daß, nachdem mit dem Bund der Maurer- und Zimmermeister von Hamburg und Umgegend ein Tarifvertrag abgeschlossen wurde, nunmehr auch die gleichen Forderungen der Innung „Baughütte“ und sämtlichen Unternehmern unterbreitet worden sind mit dem Ersuchen, bis zum 9. d. Mts. eventuell eine zustimmende Antwort zu geben. Der Vorstand stelle nunmehr den Antrag, daß er ermächtigt werde, über diejenigen Baustellen, die bis dahin die Forderungen nicht bewilligt haben, die Sperre zu verhängen. Nachdem mit 26 Bundesmeistern der Tarifvertrag abgeschlossen, kommen noch etwa 295 Unternehmer in Betracht. Nachdem nach kurzer Debatte in der Urabstimmung der Lohnkampf mit 663 gegen 19 Stimmen gebilligt worden war, wurde die Unterstufungsfrage dahin geregelt, daß, sobald die Sperren einen größeren Umfang annehmen, die dadurch arbeitslos gewordenen Zimmerer eine tägliche Unterstützung von 3,50 Mt. erhalten. Ferner muß jedes Mitglied, das in Arbeit geblieben ist, während der Dauer der Lohnbewegung einen Extrabetrag von 30 Pf. pro Tag zahlen.

Binneberg. Beim Abbruch eines Gasometers auf der hiesigen städtischen Gasanstalt ereignete sich eine Explosion, durch welche drei Personen schwer verletzt wurden. Einer derselben ist bereits an seinen Verletzungen gestorben; ein zweiter schwebt in großer Lebensgefahr.

Riel. Vom Torpedoboot S 126 sind gestern an der Unfallstelle die Leichen der Matrosen Waltemate und Cronau geborgen worden.

Malchin. Gegen den Diener der Fürstin Brede, Wilhelm Glase, der die Diebstahlsaffäre der Fürstin in Fluk gebracht hat, ist nunmehr Anklage wegen verführter Erpressung erhoben. Sein Vergehen wird darin erblickt, daß er, nachdem er auf Grund eines in Biarritz mit der Fürstin Brede erfolgten Streites entlassen worden war, angeblich an den Fürstin Brede ein Schreiben richtete, worin er auf die vorgekommenen Diebstahle hinwies und die Andeutung machte, daß die Sache mit 50 000 Mt. aus der Welt geschafft werden könnte. Ein Haftentlassungsantrag wurde abgelehnt. — Inwiefern Vorstehendes seine Richtigkeit hat, muß die Verhandlung ergeben. Jedenfalls dürfte jedoch in dieser ganzen Affäre die Richtigkeit des allbekannten Sages bestätigt werden: Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen!

Hagenow. Ein Güterzug entgleiste am zweiten Pfingstnachmittag auf der Strecke Hagenow-Hamburg. Die Lokomotive stellte sich quer über das Geleise

und einige der nachfolgenden Waggon sprangen aus den Schienen. Mehrere Waggon wurden zerdrückt und in einander geschoben. Der Lokomotivführer und der Heizer retteten sich durch Abpringen, doch soll der Heizer mehrere Verletzungen erlitten haben. Beide Geleise waren gesperrt, so daß die Züge von und nach Berlin ganz bedeutende Verspätungen erlitten.

Odenburg. Achtung, Steinseger! In Odenburg (Großh.) stehen die Steinseger seit dem 25. Mai d. J. im Streit. In auswärtsigen Blättern versuchen nun die Unternehmer, Arbeitskräfte nach Odenburg zu ziehen. Wir richten deshalb an alle Kollegen die Bitte, dafür zu sorgen, daß der Versuch der Odenburger Unternehmer eben ein Versuch bleibt. Der Vorstand.

Litterarisches.

Der Südbenische Postillon (Nr. 12). Verlag von M. Ernst, München, ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Deutsche Sympathieumgebung für San Francisco, Der Revolver-Kuhwahn, Nach der ersten Duma-Sitzung, Bagdadisches Wahlbündnis oder wie wird geprellt, Die direkte Mission, Die neuen Schulen des Herkules (sämtlich Illustrationen). Das Belagblatt: Herr Jahn feiert den verstorbenen großen Dichter des Nordens. Der Reichstag im Glück, Was in der Welt vorgeht, Amerikanisiertes Mittelgebiet für eine Prinzessin, Aus dem Tagebuch eines Adoranten, Neptunianer für die Woche, Neue Odenburglade, sowie eine Menge kleiner Beiträge machen diese Nummer sehr interessant. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und von den Korrespondenten um den Preis von 10 Pf.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische **Wochenschrift**, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Berlin: Berlin W. 15. Preis für

das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk., Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist soeben das 23. Heft des 2. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: Glossen: Von heiligen Geistes. — Die Halbjahres-Berfassung. — Junker-Revolte. — Preußen und das Reich. — Die Bombe im Hochzeits-Kranz. — Ein edles, seltener Reize. — Der Kommando-Mann. — Kurt Eisner: Bitteln Nr. 70. — Albert Sidelum: Eine Abrechnung. — Karl Schulze: Die Geschichte vom edlen Prinzen im August-Nall. — Edward H. Bease: Englische Frauen im politischen Kampf. — Albrecht Rückenthaler: Sozialtheorie. — Der Exempel. — August Strindberg: Der weiße Berg.

Neuer Nachrichten.

Stettin. Bei einer Schiffsahrt auf der Oder ertrank der Bootsmann Bruno Kolbe vor den Augen seiner Mutter.

Schensalza. In der Nacht wurde eine Prostituierte von einem Soldaten erstickt.

Kattowin. Mittwoch früh wurde von russischen Kosaken auf preussischem Gebiet bei Eichenau ein Schinuggler erschossen. Die Kugel traf mitten ins Herz. Die Unterjochung ist eingeleitet.

Legnitz. Auf dem Kapellmeister der Liegnitzer Königs-Grenadiere, Mehring, gab die verwitwete Witwe Haberstroh in der Nacht drei Revolver-Schüsse ab. Er mußte schwer verletzt ins Breslauer Krankenhaus gebracht werden.

Mitteleben. Von der Perlemerfahrt wird ein Unfall aus Gmünd gemeldet. Der Wagen Nr. 130 fuhr bei einer scharfen Straßenkurve einen Baum um, konnte gegen den nächsten Baum und überdachte sich dann. Dabei wurde der Kontrolleur Werle aus Mitteln herausgeschleudert. Werle erlitt einen Schädelbruch und

schwere Verletzungen an der Brust. Er wurde ins Krankenhaus in Neustadt an der Elbe gebracht.

Essen. Auf der Beche Osterfeld wurden zwei Bergleute verschüttet, von denen einer sofort tot war, der andere hoffnungslos daniederliegt.

Wäcker Marktberichte vom 6. Juni.
Bauern-Butter 1,10 Mk., Meierei-Butter 1,20 Mk., Käse 2,20 Mk., Käse 1,20 Mk., Lauben 0,60 Pf., Gänse 1,20 Pf., Hühner 1,20 Pf., Schweine 1,20 Pf., Eier 9 Stück 60 Pf., Karpfen 1,20 Pf., Ger. Lachs 1,20 Pf., Karasische 1,20 Pf., Gänse 1,20 Pf., 60 Pf., Barische 1,20 Pf., Mal 1,20 Pf., 0,90 Pf., Meierei beste Gravensteiner 100 Pf., — Mt., Nonnen 100 Pf., — Mt., andere Sorten 100 Pf., — Mt., Pfäumer 100 Pf., — Mt., Blumenkohl, b. Kopf, — 30 Pf., Same Kirschen, 1,20 Pf., Kohl 100 Pf., 10. — Mt., Gurken 1,20 Pf., — Mt., Zwiebeln 100 Pf., 5,50 Pf., Kartoffeln, best. franz., 200 Pf., 6. — Mt., per 10 Liter 50 Pf., magnum bonum 200 Pf., 4,00 Pf., Kartoffeln 10 Liter 40 Pf., Serringe 2 St. — 10 Pf., Dorsche genug, Brachsen 10 Pf., Gemüse genügend.

Stettin-Markt.

Gamburg, 6. Juni 1906.
Der Schweinehandel verlief sehr flott. Zufuhr wurden 2400 Stück, davon vom Norden-Stadt, vom Süden — Stück. Preis: Bersandtschweine schwere 62-64 Mk., leichte 66 Mk., Sauen 64-68 Mk., und Ferkel 60-65 Mk., pro 100 Pfund.

Amliche Notierungen der Produktmärkte.
Inländisches Getreide. Lübeck, 6. Juni.
Weizen, 125-130 Pf., holl., Mt., 180-185, Roggen 120-125 Pf., Mt., 160-165, Hafer, je nach Qualität Mt., 165-175, Gerste, je nach Qualität Mt., 160-170.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

H. T. V.

Vorstandssitzung Freitag 9 Uhr.

Am 2. Pfingsttage, abends 6 1/2 Uhr, entschlief sanft nach langem Leiden im Eppendorfer Krankenhaus meine liebe Frau und meines kleinen Sohnes gute Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin **Marie Brüggmann, geb. Scheel,** im 27. Lebensjahre Tiefbetrauert von mir, den Eltern und allen Verwandten.

Max Brüggmann.

Ein freundlich möbl. Zimmer zu vermieten Glandorffstraße 27. I.

Logis zu vermieten Zannenhof 4. II.

Wiesen-Verpachtung.

Am Sonntag den 10. Juni 1906, nachmittags 4 Uhr, wird Herr Gemeinbedienter Draguhn in meinem Auftrage meine 61200 qmtr. großen Wiesen in 30 einzelnen Parzellen von 1700-2400 qmtr. meistbietend verpachten. Die Wiesen sind tüchtig gedüngt und liefern bestes Futter.

Bachtlustige wollen sich am Kalkenhöferweg einfänden.

von Viebahn, Gut Marienholm, Schwartau.

Ein Pansjunge anß. der Schulzeit gesucht Wiedestraße 20

Gesucht sofort ein Panswädchen außer der Schulzeit Harbo: vstraße 21.

Eine unterhaltene Hobelbank zu kaufen gesucht.

Ang m. Kreisang u. L 85 an die Exp. d. Bl.

Ein in größerer Stadt Medlenburgs seit 25 Jahren bestehendes

Restaurant

mit Grundst. Kegelb., 5 Vereinsz., 2 Tanzl., 5700 qm groß. Garten, wegen Todesfall der Frau sof. verkäuflich. Das Lokal steht seit 9 Jahren der sozialdemokr. Partei zur Verfügung, auch tagen ca 12 Gewerlich Nachweis. Umsatz 30000 Mk., Küche extra. Es bietet sich hier für einen Parteigen. auch für jed. Fachmann als Existenz. Ang 15000 Mk. Näh. ert. Marawski, Berlin, Lohringerg. 101 Vermittler zweckslos.

Das Haus Lübowstraße 18a, 2 Wohnungen a 3 Zimmer, Küche, Keller, Boden-kammer, sowie massiver Stall mit Bodenraum, ist zu verkaufen

Näheres daselbst erste Etage.

Zu verkaufen ein neues Bett, 4x5 Meter groß, mit gutem wasserdichten Dachstuhl. Näheres in der Exped. d. Bl.

Ein unterhaltener Kinderwagen zu verkaufen Reiserstraße 4b.

Am Sonnabend und Sonntag sind ca. 50 Stück

Ferkel u. Zünger zu verkaufen. Krögers Gasthof, Schwartau.

Bommerlunder

feinster Tafel-Getreide-Aquavit

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig.

Berleger: Theodor Schwarz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Nachruf.
Am Mittwoch, den 6. dies. Mts., verstarb unser werter Chef, der **Brauereibesitzer** **Heinrich Jürgen Johann Lück.**
Wir werden demselben ein treues Andenken bewahren.
Das Personal der Brauerei Walkmühle.

Achtung Maurer!

Ausflug

mit Musik

nach Ratzeburg

am Sonntag den 17. Juni, mittags 11 1/2 Uhr.

Abmarsch vom Vereinshaus um 11 Uhr.
NB. Anmeldungen nehmen die Loten, sowie jeden Abend im Bureau der Vorstand entgegen.
Einführung ist gestattet. Der Vorstand.

Dachpappe

per qm von 15 Pf. an.
Holz- u. Steinkohlenteer,
Draht- u. Drahtgeflecht,
alle Sorten Eisenwaren
empfehlen billig
Carl Buchholtz Nachfl.
F. Genzmer,
Fadenburger Allee 10 b.

Empfehlungs-Karten

Reiseförbe und Kinderwagen
billig zu verkaufen Engelsgrube 91.
Halbvolle und ganzvolle Rabattmarkenbücher
werden in Zahlung genommen

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von
Otto Albers
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. N. N.:
Leberhosen 1,80-2,40
Flanellhosen 2,50-3,75
Schlepphosen 1,88-2,25
Leberhosen 2,88-3,25
Hosen-Polier 1,38-2,25
Leinwand-Jacken, Schöße und gerade, 1,25
Hosen, Hemden, Schlaftrocken, Friseurjacken.
Kleider-Käntel erstaunlich billig.
Käntel von 20 Pf. bis 1,25 Mk.

Neue
Commerfang-Serringe.
Gust. Thomsen, Marktstraße.

Gefunden zwei Knaben-Mützen.
Abzuholen Hinter der Burg 1 a, II

Auffsehen erregen meine billigen Preise
Früher M. 120.—, jetzt M. 85.—



Florett-Fahrräder

allen voran!
Ba. Material, 2 Jahre
Garantie! Freilaufnabe Korpedo M. 15 mehr.
Wängel von M. 3,50 an, Schläuche M. 2,80,
Nachteln-Batterien M. 2
H. A. Hill, Fahrrad-Verband, Johann-
nistr. 9 Ambros-Fahrrad,
Nr. 75, 1. S. Gar Außerdem führe Brennabor,
Lanther- und Clais-Pfeil-Räder.

Schweinefleisch	Pfd. 65 Pf.
Flohen	Pfd. 60 Pf.
Bestes Schmalz	Pfd. 70 Pf.
Gefochte Wurst	Pfd. 70 Pf.
Leberwurst	Pfd. 70 Pf.
Braunschweiger	Pfd. 50 Pf.
Brechkopf	Pfd. 50 Pf.
Kopf und Bein	Pfd. 25 Pf.

Wilh. Strohsfeldt
Glockengiesserstr. 73
Markthalle 13, 14 u. 15.

Achtung Maurer!

Bandelegierten-Sigung
am Freitag den 8. Juni
abends 8 1/2 Uhr
Der Vorstand

Zum Ringreiten
am Sonntag den 10. Juni
ladet freundlich ein
Wilh. Meyer, Krepelsdorf.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-

Vorstandssitzung

am Freitag den 8. Juni
abends 8 1/2 Uhr

Im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung wird in der Versammlung be-
kannt gemacht.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Verein Freundschaft, Sereetz.

Einladung zum Ball

am Sonntag den 10. Juni
im Lokale des Herrn Frähmke, Sereetz.
Anfang 6 Uhr Eintritt 1 Mt., 1 Dame frei.
Einzeln Damen 30 Pf.

Der Vorstand.

10. Stiftungsfest

der Bauarbeiter Jadenburgs

am Dienstag den 12. Juni 1906
im Lokale des Herrn F. L. Paetau

Anfang des Balles 8 Uhr abends Ende morgens.
Preis der Karte 60 Pf., wofür eine Dame frei.
Einzeln Damen 20 Pf., wofür Garberobe.
NB. Um 9 Uhr: Ferkel, gehalten vom Gen.
Schneider.

Klub Fidelitas.

Sonntag den 10. Juni 1906:
Sommer-Fest mit Preischießen
im Lokale des Herrn Fährbiter,
Watenitz-Bellevue.

Anfang des Schießens 4 Uhr, des Balles 6 Uhr.
Der Vorstand.

Hansa-Theater

Heute Freitag, 8. Juni,
abends 8 Uhr,
Premiere!

Tünnes auf der Liebes-Insel
oder
Japans Frauen-Paradies.

Große Ausstellungs-Posse in 3 Akten
von Leopold und Prang.
Musik von Paul Kraneis.
Kolossaler Lacherfolg!

Glänzende Ausstellung!
Grandiose Ballets!
Vorverkauf im Zigarren-Geschäft
Singer und an der Tageskasse.

Soziales und Partielleben.

Straßenbahnerstreik in Dortmund. Soweit ist es nun gekommen mit dem guten Einvernehmen zwischen Stadtvorordnetenkollegium und Magistrat, in der Stadt des Gruben-Aufsichtsrats und Oberbürgermeisters Schmiebing haben die Straßenbahner einmütig die Arbeit eingestellt. Nachdem am 1. April die Straßenbahn aus dem Privatbesitz in städtische Regie übergegangen ist, ist die vordem schon mißliche Lage der Angestellten unerträglich geworden. Die Arbeitszeit wurde verlängert, ohne daß Lohnzulage gewährt worden wäre, sämtlichen Angestellten wurde für sechs Schichten der Lohn einbehalten, hohe Strafen wurden beim geringsten Vergehen verhängt. Nach der neuen Dienstordnung waren die Angestellten zu 13 1/4 ja bis 17 1/2 Stunden Dienstzeit verpflichtet. Die Straßenbahner hielten Versammlungen ab und wählten eine Kommission, die vorstellig werden und mit Forderungen antworten sollte. Dies geschah auch. Als die Kommission bei dem Betriebsinspektor Menzler erschien, fuhr dieser den Vorsitz der Kommission an: „Wie heißen Sie?“ „Nehmen Sie die Knochen zusammen, wenn Sie vor mir stehen!“ Diese Behandlung hat dem Fiß den Boden ausgeschlagen. In einer Nachversammlung wurde der Streik beschlossen. Wie immer in solchen Fällen trat sofort die lächerliche Dortmund-Polizei auf den Plan und trieb die Leute auseinander. Die Straßenbahner verließen gemeinsam das Stadtgebiet und lehrten gemeinsam zur Frühparade zurück. Als die Verwaltung noch immer bei ihrer Weigerung beharrte, verließen sämtliche Angestellte das Depot bis auf einen Mann. Morgens ruhte der Betrieb aller Straßen. Nachmittags fuhren einzelne Wagen, als Führer und Schaffner junger Leute. Im Laufe des Tages hat die Verwaltung einige kleine Zugeständnisse gemacht, die aber nicht akzeptiert wurden. Eine schätzbare Rolle spielt in der Sache die „Tremontia“, das Organ des ultramontanen Stadtvorordneten Verbands. Das Blatt suchte noch früh die Leute zur Arbeit zu bewegen, nach Pfingsten werde die „soziale“ Kommission schon nach dem Rechte gehen. Und im Laufe des Tages suchte Landwehr Dänking persönlich die Leute von ihren Forderungen abzubringen und das Angebot der Verwaltung anzunehmen. In diesem Sinne hat er auch einen Brief an den Oberbürgermeister Schmiebing geschrieben. In der Nachmittagsversammlung wurde der Brief Dänking's verlesen; die Straßenbahner erklärten jedoch, auf der Erfüllung ihrer Forderungen bestehen zu müssen; den Brief Dänking's wolle man sich sicher ansehen. Das Publikum steht auf Seite der Streikenden und wenn nicht sofort bewilligt wird, so sollen große Volks-Versammlungen einberufen werden.

Vom Kampf gegen die Gewerkschaften. Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Das hiesige Landgericht verfügte die Sperrung der 300000 Mark betragenden Gewerkschaftskasse des Genesfelderbundes auf Antrag der hiesigen Mitglieder, um die Verwendung für Streikunterstützungen zu verhindern. — Trotz dieser rigorosen Maßnahme werden die Lithographen und Steinbrüder den ihnen aufzunehmenden Kampf führen.

Der Schlag gegen die Arbeiterorganisationen. der in Ungarn geplant war, ist schließlich gescheitert. Eine Meldung aus Budapest lautet: Die Untersuchung gegen den Landverband der Arbeiter und den Landverband der Arbeiter, welche beschuldigt waren, eine Agitation eingeleitet zu haben, um die Feldarbeiter zu einem Erntestreik zu verleiten, hat ergeben, daß beide Vereine keinerlei ungesetzliche Agitation und keine Aufreizung zum Streik betrieben haben. — Danach scheinen die Arbeiter, welche die Untersuchung geführt haben, einmal ernstlich gewesen zu sein. Ungeheuerlichkeiten haben die Organisationen sich noch nie zu Schulden kommen lassen und

zum Streik brauchen sie nicht aufzureizen, das besorgen die elenden Verhältnisse der Landarbeiter schon selbst. Die Absicht war auch offenbar, nicht ungesetzliche, sondern durchaus gesetzliche Agitation zu betreiben, das ist in Ungarn schon oft „gescheit“; woran es jetzt gescheitert ist, läßt sich noch nicht ersehen.

Der internationale Bergarbeiterkongress in London wurde Dienstag bei Anwesenheit von Vertretern aus Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Oesterreich, Ungarn und den Vereinigten Staaten eröffnet. In der Eröffnungssitzung des Internationalen Bergarbeiterkongresses führte das Parlamentsmitglied Edwards (Arbeiterpartei) den Vorsitz. Er sprach in seiner Begrüßungsrede die Hoffnung aus, daß die Beratungen des Kongresses zur Erreichung des angestrebten Ziel, nämlich der Hebung der Klasse, der die Verarmten angehören, beitragen werde. Er wies auf die großen Fortschritte hin, die die Bestrebungen der Arbeiter namentlich auf dem letzten Jahreskongress gemacht hätten. Die Macht der Vereinigung habe sie in den Stand gesetzt, an die Regierung der Nationen, zu denen sie gehörten, teilzunehmen. Er erinnerte an den vor kurzem stattgefundenen freundschaftlichen Verkehr bedeutender Vertreter aus Deutschland und Frankreich mit den britischen Behörden, der ein Zeichen der herrschenden wohlwollenden Sentimenten sei. — Der deutsche Reichstagsabgeordnete Sachsse betonte die Notwendigkeit, daß die internationale Bewegung unter den Arbeitern weitere Ausdehnung erfahre. — Es wurde eine von Wolff Engelhard eingebrachte Resolution angenommen, die eine Beseitigung der Bergarbeitergefahren dahin verlangt, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter unter Tage mehr gesichert werden. Ferner wurde eine von Bartel-Deutschland und Ebert-Oesterreich vorgeschlagene Resolution angenommen, die besagt, zur Verhütung von Unglücksfällen, nämlich solcher, wie sie in Courrières vorkamen, sollten die Arbeiter aus ihrer Mitte Inspektoren wählen dürfen, die vom Staat zu besoldet wären.

Kampf zwischen Pinkertons und Gewerkschaften. Wolffs Bureau selbst aus New York: 15 Mann der Wachen der Pinkerton-Organisation bei Steubenville (Ohio) wurden bei einem Angriff von irrenden Grubenarbeitern erschossen. Der Angriff erfolgte, weil die Beschäftigten nachts Arbeiter, welche nicht zur Union gehören, einschmuggeln wollten.

Erklärung. In der Kaiserin-Angelegenheit des Werkes Brunnenstraße der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin fand am Freitag, den 1. Juni 1906, eine gemeinschaftliche Sitzung der Vertreter der beteiligten Gewerkschaften und der Vertreter der Partei von Groß-Berlin statt. Diese gemeinsame Konferenz beschloß nach mehrtägiger ergebnisreicher Beratung einmütig folgende Resolution: „Die am 2. Juni 1906 stattgefundene Sitzung der Vertreter der beteiligten Gewerkschaften und der Vertreter der Partei von Groß-Berlin erkennt nach Prüfung der Sachlage, daß bei den Vorbereitungen zur Kaiserin in dem Werke der A. E. G. Brunnenstraße mehrere Unfälle entstanden, die denjenigen Arbeitern, welche die dienstlichen Pflichten wahrnehmen, zugute gerechnet werden können. Inwiefern bleibt das Verhalten dieser Arbeiter auf's Schärfste zu rügen. Die Besamstellungen sind der Meinung, daß es mit dieser Hermit ausgesprochenen Mißbilligung jedoch kein Vorwurfsgrund sein soll und empfehlen, von einem Ausschluss dieser Arbeiter aus den Organisationen abzusehen. Die Parteivorstände bewahren ausdrücklich, daß dadurch ihre selbstere, in dieser Angelegenheit abgegebene Erklärung nicht geändert wird.“

Noch ein Aufreizungsprozess. Aus Götting wird gemeldet: Wegen des preussischen Wahlrechtsflagblattes wurde von der Staatsanwaltschaft der Genosse Dittler auf Grund des Aufreizungsparagrafen zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die deutsche Rechts-

einheit wird hochhaft illustriert durch die Tatsache, daß dieses Flagblatt vor mehr als einem Dutzend preussischer Gerichte bezw. Staatsanwälte als nicht gegen die Gesetze verstoßend erklärt worden ist. In Götting und Stargard erblickten die Richter das Vergehen der Aufreizung in der Sprache des Flagblattes, in anderen Gerichtsbezirken sind sie von seiner gesetzlichen Tendenz so überzeugt, daß sie nicht einmal eine Verhandlung anberaumen, sondern das Verfahren ohne weiteres einstellen! Ein Beweis, wie sehr der verächtliche Kautschukparagraf 130 alles ins subjektive Ermessen der Richter stellt, wie das Gefühl der Richter in solchem Falle mitentscheidet über die Freiheit des politischen Gegners. Oder wird man sich etwa damit zufrieden wollen, es seien in Götting und Stargard besondere Verhältnisse in Betracht gekommen, die Arbeiter seien dort leichter aufzureizen oder erregter gewesen als im übrigen Preußen? Die Bitterkeit würde diese Anrede schon im Keime töten.

Ausweisung eines Preßverbrechers „als für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen.“ Ein wahres Kleinod im Sinne preussisch-deutscher Polizeirei ist das preussische Gesetz über die Aufnahme neu anzukommender Personen, das noch aus dem Jahre 1842 stammt. Es stellt erst den Grundbesitz auf, daß kein ein selbständiger Preußen an dem Orte, wo er eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen sich selbst zu verschaffen imstande ist, der Aufenthalt verweigert oder durch lästige Bedingungen erschwert werden darf. Dann aber kommen die Ausnahmen. Nach § 2 Nr. 2 findet auch eine Ausnahme statt: Wenn die Landespolizeibehörde es für nötig findet, einen antiautoritären Sträfling vom Aufenthalt an gewissen Orten auszuschließen. Hierzu ist die Landespolizeibehörde jedoch nur in Aufhebung solcher Sträfllinge befugt, welche zu Zuchthaus oder wegen eines Verbrechens, wodurch der Täter sich als einen für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen darstellt, zu irgendeiner anderen Strafe verurteilt worden oder in einer Korrektilionsanstalt eingesperrt gewesen sind. — Der ehemalige Schneider Weickelshoff aus Oberschlesien, der als verantwortlicher Redakteur einer Zeitung einmal wegen Aufreizung zum Klassenhass, bezw. wegen Verleumdung durch die Presse mit drei und zwei Monaten Gefängnis bestraft worden ist, wurde vom Berliner Polizeipräsidenten als solch ein für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlicher Mensch angesehen und im Oktober 1905 aus Berlin, wo er am 23. September eingezogen war, ausgewiesen, das heißt, aus dem Landespolizeibezirk Berlin und den umliegenden Amtsbezirken. Weickelshoff beschwerte sich vergeblich beim Oberpräsidenten und klagte dann beim Ober Verwaltungsgericht gegen diesen. Er machte geltend, das Gesetz vom 31. Dezember 1842 wäre nicht mehr anwendbar. Aber selbst wenn es noch Geltung hätte, würden in seinem Falle doch die tatsächlichen Voraussetzungen für die Ausweisung fehlen. Es handele sich hier lediglich um Preßvergehen, die ihn unmöglich als einen „für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlichen Menschen“ erscheinen ließen. Er sei auch nicht als Neuanziedler zu betrachten gewesen, da er sich schon im Jahre vorher unbehindert längere Zeit in Berlin aufgehalten habe. Der Oberpräsident erwiderte: Wie die Polizei die Überzeugung von der Gemeingefährlichkeit des Verurteilten erlange, sei ihre Sache. Dagegen könnte nicht mit der Klage vorgegangen werden, angenommen, wenn Schläne oder Willkür erkennbar sei. Uebrigens müsse ein Mann, der sich der Aufreizung und mehrmaligen Verurteilung durch die Presse schuldig gemacht habe, wie der Kläger, von Berlin und Umgegend ferngehalten werden. Auch könne sich Kläger nicht darauf berufen, daß er sich schon im Juni 1904 in Berlin aufgehalten habe und damals nicht ausgewiesen worden sei. Er sei ja dann wieder weggereist und sei im September 1905, als er wieder kam, auf jeden Fall ein Neuanziedler gewesen. Das

Im Banne des Spiritismus.

Zeitsroman von Friedrich Thierne.
28. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
Auf einen Wink des Staatsanwalts wurden sofort Stühle für die Damen gebracht — die Baronin ließ sich mit einer Miene der Abspannung und der Schwermut nieder, während Agnes sich nur leicht mit der linken Hand auf ihren Sessel stützte.
Der Staatsanwalt erkundigte sich zuerst in seiner richterlichen Art, ob die gräbige Frau sich zur Zeit gefast genug fühle, an die noch nicht vernarbte tief-schmerzende Wunde zu rühren.
„Bitte, nehmen Sie keinerlei Rücksicht als auf Ihre Pflicht“, entgegnete die Freifrau mit der heroischen Selbstbeherrschung edlen Stolzes.
„Sie haben nebst Ihrem Fräulein Tochter das Recht, das Zeugnis zu verweigern — wollen Sie von diesem Rechte Gebrauch machen?“
„Nein“, entschied die Freifrau hastig. „Es ist mir ein Bedürfnis, auszusprechen, was ich denke.“
„Und Sie, gnädiges Fräulein?“
„Das Wenige, was ich zu sagen vermag, steht Ihnen gern zur Verfügung.“
Stobäus nickte und dachte einen Augenblick nach. Dann erklärte er:
„Ich dürfte wohl Ihre Empfindungen am wirksamsten schonen, gnädige Frau, wenn ich ohne jede Phrase, die unter der Maske des Trostes nur das alte Weh von neuem weckt, direkt auf mein Ziel losfahre, wenn ich Ihnen nichts weiter zumute, als eine kurze, prägnante Antwort auf die Frage, die ich zu stellen genötigt bin. Wir stehen vor einer unentbehrlich schwierigen Entscheidung: Mord oder Selbstmord. Wenn ein Selbstmord vorliegt, so muß doch ein Motiv vorhanden sein. Bisher erwiesen sich alle meine Vermutungen, ein

solches zu entdecken, aber vergeblich. Doch meines inneren Widerstands wußt ich daher sogar an die weinende Mutter des unglücklichen jungen Mannes die Frage richten: Wegen Sie in Bezug auf den Beweggrund, welcher Ihren Sohn Siegesried veranlaßt haben könnte, Hand an sein junges, hoffnungsvolles Leben zu legen, vielleicht irgendwelche Vermutung?“
Gespannt blickte Stobäus auf die in ihren schwarzen Trauerkleidern doppelt ernste und vornehme Erscheinung. Freifrau von Lillo hörte ihn mit erkinnter Ruhe an, sie zwang ihren Schmerz gewaltlos nieder. Sobald er in dessen die Frage des Selbstmordes berührte, warf sie wie unentwegt das Haupt herum, ihre Augen zeigten ein unruhiges Flackern, ihre Stimme hallte wider von innerer Entrüstung, als sie bekräftigt und fast schneidend erwiderte:
„Mein Sohn ist nicht das Opfer eines Selbstmordes geworden.“
„So glauben Sie?“
„Ich weiß es.“
„Sie wollen sagen, es sei Ihre feste Überzeugung, gnädige Frau? Denn von Wissen kann niemand sprechen, außer Arthur von Lillo allein.“
„Er ist der Mörder.“
„Vordringlich ist er nur des Mordes beschuldigt.“
„Für mich steht seine Schuld fest.“
„Aber worauf stützt sich Ihre Annahme? Sie haben doch wohl nicht mehr Beweise dafür, als wir selbst. Der Angeklagte ist Ihr Neffe — Sie lebten nicht in direkter Freundschaft mit ihm — was hat er getan, um Sie Ihre Achtung zu verletzen, um Sie zu beschuldigen, einen so großen Verdacht gegen ihn zu hegen?“
„Er hätte meinen Sohn —“
„Wer heißt, braucht nicht zu werden.“
„Aber er hat es doch getan“, rief die Baronin mit funkelnden Augen. Die Leidenschaft des Hasses hatte sich ihrer bemächtigt, der Zorn drängte sogar ihr Schmerzgefühl

zurück. Sie beharrte auf ihrer vorgefaßten Meinung wie auf einer festen Feste und die Enthüllungen des Spiritismus und seines Mediums galten ihr anstatt eines vollgültigen Schuldbeweises.
Der Staatsanwalt sah wohl, er würde an diese Tür niemals klopfen. Indirekt hatte sie ihm übrigens geantwortet, denn wenn sie einen Selbstmord unter allen Umständen für ausgeschlossen erachtete, so hatte sie sich selbstverständlich die Frage nach einem möglichen Beweggrund gar nicht vorgelegt oder sie würde doch kein noch so plausibles Motiv als solches gelten lassen. Ohne den ausschließlichen Versuch zu unternehmen, der gereizten Mutter ihre Vorurteilshemmung auszureiben, wandte er sich mit ruhiger Freundlichkeit an die Tochter:
„Und Sie, gnädiges Fräulein, stimmen Sie dem zu, was Ihre Frau Mutter behauptet?“
Agnes warf einen schüchternen Blick auf die alte Dame und entgegnete sodann, ihre ganze Kraft zusammenfassend:
„Nein.“
„Sie halten den Angeklagten nicht für unbedingt schuldig?“
„Ich halte es absolut für ausgeschlossen, daß er ein eheliche Tat zu begehen vermag.“
„Sie waren die Beschützer Arthur von Lillos?“
„Nicht offiziell — aber ich betrachte mich als solche.“
„Auch jetzt noch?“
„Auch jetzt noch“, betonte das schöne Mädchen mutig. Die Baronin wandte sich zornig ihrer Tochter zu.
„Erin, Du entehrst mich und Dich, Du schmäht da den Namen Deines Bruders.“
„Mama“, erwiderte Agnes erschüttert zwar, doch außer sich ruhig, „Du kennst mein Inneres — ich muß die Wahrheit bekennen und bekenne sie frei und ohne Rückhalt. Arthur ist meiner würdig, ich weiß es!“
Ihre sanften Augen strahlten im Glanze heiser innerer

Der Verwaltungsrat wies die Klage als unbegründet ab, indem es davon ausging, daß in seinem Falle die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes von 1842 gegeben seien. — Jeder Mensch, der weiß, was preussische Richter oft alles unter „Auslieferung“ und „Belehrung“ verstehen, sobald oppositionelle Preussländer in Betracht kommen, wird die vom Oberverwaltungsgerichte gutgeheißene Auslieferung als einen weder gesetzlich noch moralisch erlaubten Willkürakt empfinden. Aber, was wir schon früher ausführten, gilt auch hier: In einem wirklichen Rechtsstaat braucht Preußen noch verschiedenes, vor allem eine andere Justiz.

Der staatsgefährliche Schlipf. In Sachsen ist kein Ding unmöglich. Das beweist eine Schöffengerichtsverhandlung in Leipzig, in der über einen „Staatsverbrecher“, einen 17jährigen Arbeitersohn, geurteilt werden sollte. Der junge Mensch besuchte die Fortbildungsschule in Gaußsch, und Herr Direktor H. hatte ihm ausgegeben, künftig nicht in einem unsauberen Sweater zum Unterricht zu kommen, sondern in einer angemessenen Kleidung. Da erschien er am Abend des 27. Februar in Weste und Vorhemdchen und trug auch einen roten Schlipf. Den Direktor schien das der Rollen zu gefallen, denn er forderte ihn auf, die Krawatte abzugeben. Als der junge Mann sich weigerte, bot man die Polizei auf, damit nicht mehr Unheil geschehe und der Schlipfmann nahm den roten Schlipf als Kopfschmuck mit und erhaltete Anklage. Daraufhin Anklage wegen „Tragens republikanischer Abzeichen“, auf Grund jenes famosen Paragraphen, der, als Pöpsel aus der Bewußtseins-Reaktionsperiode unter den vielen anderen Pöpseln dem sächsischen Staat hinten hängt. Der Angeklagte entschuldigte sich, er habe, da er selbst einen Schlipf nicht besitze, den seines Vaters benutzt, der Mitglied eines Arbeitervereins sei. Das Gericht gelangte zur Freisprechung, weil dem Angeklagten noch die Erkenntnis der Strafbarkeit seiner Handlungsweise gefehlt habe. Das Stückchen kann auch nur in Sachsen passieren!

Maisfeier und Stadtkapelle. In Mühlhausen i. Th. habe auf Geheiß des Sozialdemokratischen Vereins und des Gewerkschafts-Kartells die Stadtkapelle ihre Mitwirkung am 1. Mai zugesagt. Auf eine Denunziation vom Arbeiterverein drohte der Oberbürgermeister Lorenzmann mit dem Entzug der städtischen Subvention, falls der Stadtmusikdirektor seine Zusage, zu spielen, aufrechterhalte. Das habe zur Folge, daß die Stadtkapelle zur Maisfeier nicht spielte. Der Sozialdemokratische Verein richtete gegen die unbedingte Einmischung des Oberbürgermeisters in die Geschäfte der Stadtkapelle eine Petition an den Magistrat und Stadtverordneten. Versammlung mit der Begründung, daß, da alle Steuerzahler Bürger zur Subvention der Stadtkapelle beitragen, auch die Sozialdemokraten das Recht in Anspruch nehmen, die Stadtkapelle zu benutzen. Werde dem Stadtmusikkorps jedoch die Mitwirkung bei Arbeiterfestlichkeiten verboten, so müsse die Arbeitergesellschaft gegen die Subventionierung aus öffentlichen Mitteln protestieren. Das Gewerkschafts-Kartell fordert in einer Petition die Beseitigung der Subvention der Stadtkapelle, weil sie eine gebotene Gelegenheit zum Verdienst nicht benutze oder sich daran verhindern ließe. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung erklärte der Oberbürgermeister auf die Beschwerde: er und der Magistrat seien der Meinung, die Stadtkapelle habe an politischen Demonstrationen, die sich gegen die bestehende Gesellschaftsordnung richten, nicht mitzuwirken. Und die in der Mehrheit aus Freisinnigen bestehende Stadtverordneten-Versammlung ging mit einer Erklärung, die das Verhalten des Oberbürgermeisters vollkommen billigt, zur Tagesordnung über!

Der Parteitag der polnischen Sozialdemokratie in Oesterreich, der dieser Tage zu Lemberg tagte, nahm nach einem Referat des Genossen Reichrats-Abgeordneten Dabrowski über die Wahlreform nach unerheblicher Debatte einstimmig folgende Resolution an: „Der zehnte Kongress der polnischen sozialdemokratischen Partei erklärt, daß das vorliegende Wahlreformprojekt der Regierung die Basis für die Bestrebungen zur Erringung des allgemeinen Stimmrechts abgeben könne. Obwohl der Kongress nicht verkennt, daß diese Vorlage eine Reihe von Mängeln enthält, erklärt er doch, daß er sie akzeptiert, da sie die Parteiziele und alle Wünsche der Freunde des Projektes, die auf eine Verfassung des allgemeinen Wahlrechts durch Einführung des Pluralitätswahlrechts, einer längeren Geschäftigkeit, der Wahlpflicht usw. hinarbeiten, zurückweist.“

Konform mit den Beschlüssen der kürzlich in Wien stattgefundenen Tagung der Gesamtleitung der Partei fordert der Kongress endlich sowohl die industriellen wie die ländlichen Arbeiter auf, sich für den Massenstreik bereit zu halten, um ihn eventuell sofort bei einer wirklichen Gefährdung der Wahlfreiheit zu beginnen zu können.“

Die Partei in Japan bewirkt sich, trotz aller Besorgungen und Unterbindungen ihrer Schriften, festen Fuß zu fassen. Nippon Shambai-To ist der Parteizentrale und das Bureau befindet sich in 1-3 Chome, Misakiho, Kanda, Tokio. Die Leitung liegt in Händen eines Komitees von 13 Mitgliedern, die von den Genossen gewählt wurden. Parteileitung sind Sakai, Morioka und Nishikawa. T. Sakai war früher Redakteur am „Yozu Chome“, der beliebtesten und gelesesten Zeitung Japans; er gab seinen Posten auf, als die Zeitung sich für den Krieg mit Rußland erklärte. Morioka war früher Regierungsbeamter, verlor aber seiner sozialistischen Gesinnung wegen seinen Posten und betreibt jetzt in Tokio einen Milchladen. Nishikawa war Mitredakteur an „Jemmin Shimizu“ und „Chofagen“, zwei fortschrittliche Blätter, die von der Regierung unterbunden wurden. Eine neue Monatschrift, „Studium des Sozialismus“ (94 Seiten) ist in Tokio erschienen; außerdem besteht noch eine Halbmonatsschrift, „Das Licht“, japanisch „Hikari“.

Aus Nah und Fern.

Bei einer Segelpartie auf dem Pregel in Königsberg kenterte am Pfingstmontag Nachmittag ein mit elf Personen besetztes Segelboot. Zwei Insassen sind ertrunken.

Wegen Ermordung des Kindes ihrer Herrschaft wurde die 16jährige Frida Schüb verhaftet; sie war bei dem Maschinenisten Petrow in Charlottenburg in Stellung und hatte das Kind aus Mache dafür, daß ihr wegen Diebstehens und Mähderei gekündigt war, mit Zuckerrübe vergiftet. Das Kind war drei Monate alt.

Gesagt. Aus Braunschweig wird gemeldet: Der nach Unterschlagung von Münzelgelde und Depots und unter Hinterlassung bedeutender Schulden Anfang vorigen Jahres geflüchtete Rechtsanwalt Otto Poppenbiedt aus Wolfenbüttel ist in Paris verhaftet worden und wird in Kürze in das hiesige Kreisgefängnis gebracht werden. Er arbeitete unter dem Namen Pampel in einem großen Advokatenbureau in Paris. Durch einen von ihm nach Wunfiedel (Baden) gerichteten Brief, in dem er einen Verwandten um finanzielle Unterstützung bat, ermittelten die Behörden den Aufenthalt des Flüchtlings.

Unglück im Steinbruch. In dem der Häffertischen Spinerei gehörigen Steinbruch bei Geyer (Sachsen) ereignete sich durch vorzeitiges Entzünden eines Schusses ein großes Unglück. Der Arbeiter Paul Witterlich wurde getötet, der Arbeiter Julius Freylich erlitt schwere und der Arbeiter Ernst Graupner aus Tannenberglöcher Verletzungen.

Im Dampfbade verbrannt. Aus Meissen wird berichtet: Im ländlichen Krankenhaus ist ein junges Mädchen, das sich mehrere Tage wegen einer Nierenentzündung in ärztlicher Behandlung befunden hatte, und dem nun vor der Entlassung noch ein Dampfbad verordnet war, im Dampfbadestuhl verbrannt. Da die Vorkehrungen der Frauenabteilung sich auf Urlaub befindet, wurde die Behandlung des Dampfbadestuhls, der bereits sechs Jahre im Gebrauch ist und der immer gut funktioniert hat, von einer jüngeren Schwester übernommen. Diese scheint jedoch mit der Einrichtung des Badestuhls nicht vollkommen vertraut gewesen zu sein, sie verlegte zwar die Zuführung des Dampfes, als die Kranke über zu große Hitze klagte, was jedenfalls nicht in genügender Maße, denn als die Kranke aus dem Badestuhl gezogen wurde, sah man, daß ihr Körper die heftigsten Verbrennungen aufwies, an denen das Mädchen bald darauf verschied.

Eine Liebestragödie. Aus Murnberg wird gemeldet: Ein 24jähriger junger Mann erschoss ein 21jähriges Mädchen, weil die Eltern des Mädchens das Liebesverhältnis nicht duldeten. Beim Abschießen der Revolverwaffe gegen sich selbst erhielt der Täter nur leichte Verletzungen.

Kurz und bündig. Die Bauern von Illertissen (Schwaben) kündigen im „Merkboten“ an: „Nachdem die hiesigen Käser nunmehr 11 bezugsweise 10 1/2 Pfennig pro Liter Milch bezahlen, kostet bei uns der Liter Milch von

morgen ab 14 Pf. Sollten die Konsumenten nicht einverstanden sein, so wollen sie zusehen, wo sie die Milch um 12 Pfennig erhalten.“

Ein Verzweiflungskampf gegen die Verleumdung hat jetzt, wie aus Brüssel geschrieben wird, durch richterlichen Spruch seinen Abschluß gefunden, nachdem das Opfer verurteilender Nachreden durch die Folgen der gegen ihn gerichteten Verleumdungen seelisch und körperlich schon ganz zerlitten worden ist. Der Fall hängt mit dem am 7. Februar erfolgten Mord der Hebräerinnen von Clichy zusammen, deren Mörder bis heute der Verfolgung erliegen ist, obgleich auf seine Entdeckung der Preis von 20 000 Francs steht. Wenige Tage nach der Mordtat, die ganz Brüssel in Aufregung versetzte, versammelte sich in dem Hause des angeklagten Verleumers Dr. N. eine lobende Menge, die seine Bohnung künzte und an ihm Volksrecht übten wollte, mit ein Weib, die Tagelöhnerin von Overloop, ihn als den Urheber des Verbrechens bezeichnet hatte. Der bereits lebende Arzt geriet durch diese Szenen in furchtbare Erregung und erkrankte dadurch aufs ernstlichste, jedoch er ist noch einiger Zeit gegen die Verbreiter der durchaus halbesinnigen Verleumdung Strafantrag stellen konnte, dem nunmehr durch die Verurteilung der Verleumers zu zwei Monaten Gefängnis Folge gegeben worden ist. In der Beschlusssitzung über Dr. N. fortbauend Gegenstand geschäftiger, anonymen Angriffe, gegen die er wehrlos war. Man behauptete, nur die (übrigens gar nicht existierende) Verwandtschaft mit dem Centralstaatsanwalt Nagel schütze ihn vor der gerechten Strafe. Man sandte ihm Postkarten unflätigen Inhalts ins Haus, sowie Puppen, die nach der Art der kleinen von Geld verflüchteten waren. Gleich N. wurde auch seine Mutter durch diese fortgesetzte Folge von Verleumdungen auf das schwerste getroffen und liegt nunmehr todtbeim Krankenlager. Die späte Genehmigung, die das Urteil des Gerichts dem unschuldigen Opfer der Verleumdung bereitet, kann das Unheil nur zum kleinen Teil wieder gutmachen, das seine Niedertracht unter dem Mantel der Namenlosigkeit angerichtet hat.

Drei Personen von einem Zuge überfahren und getötet. Aus Paris wird gemeldet: Auf dem Bahnhof in Arpajon bei Paris wurde der Stationsvorsteher, der eine Frau mit ihrem Kind vom Überfahren des Zuges wegen des Herannahens eines Zuges zurückhalten wollte, mit samt der Frau und ihrem Kind vom Zuge erfasst und auf der Stelle getötet.

Eisenbahn-Unglück. Zwischen den böhmischen Stationen Neupala und Deloyrad entgleiste am Pfingstmontag ein bisher noch nicht ermittelte Ursache ein von Trautman nach Prag verkehrender Personenzug. Hierbei wurde ein Postbeamter getötet, vier Eisenbahnbedienstete und ein Reisender schwer und 17 Personen leicht verletzt.

Mordmord. In Innsbruck wurde am Freitag früh die 26jährige Frida Franke aus Berlin im Gasthof „Zum wilden Mann“ ermordet und beraubt aufgefunden. Die Franke bewohnte in dem genannten Gasthof schon seit zwei oder drei Monaten ein Zimmer im ersten Stock. Die Franke lag, aus einer tiefen, klaffenden Schnittwunde am Hals blutend, tot im Bett. Im Zimmer herrschte die größte Unordnung; alle Kasten waren erbrochen, alle Veden geöffnet. Der Schatz der Franke im Wert von 1000 Kronen und alles Bargeld fehlten.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist jenseit des 36. Heftes des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Verleumdungskampf der russischen Sozialdemokratie. Von S. K. — Der Woblfest in Frankreich. Von G. Kappoport (Paris). — Mary Kettill Ricardo. Von Gustav Götting (Schluß). — Jüdische. 20. März 1828 — 23. Mai 1906. Von Henriette Roland-Holst. (Schluß). — Amerikanische und russische Landwirtschaft. Von Paul Bensch (Leipzig). — Literarisches Rundschau: Georg Grabauer, Das Glend des Strafvollzuges. Von Hugo Haase. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann diese bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Stat, wohlgefällig schaute der Staatsanwalt auf die herrliche Erscheinung.
„Wie?“ fuhr die Baronin erblittert auf. „Du traust der Stimme Deines irrenden Herzens mehr selbst als derjenigen Gottes, die so wunderbar zu uns gesprochen?“
„Ich weiß nicht, wie die wunderbaren Zeichen möglich gewesen sind, denen wir beigewohnt — ich fühle mich wie Du davon ergriffen — ein Betrug scheint unmöglich.“
„Und doch —“
„Und doch glaube ich mehr an Arthur als an sie. Ich muß es tun, mein Herz zwingt mich dazu.“
„Von was für Zeichen reden Sie, gnädiges Fräulein?“
„Ich weiß nicht, ob ich mich näher darüber auslassen darf.“ Die junge Dame klidte ihre Mutter fragend an.
Diese schüttelte den Kopf.
„Bekannt Sie uns, Herr Staatsanwalt, über den Gegenstand zu schweigen. Es handelt sich um durchaus innerliche Dinge, um feilsche Manipulationen, über die öffentlich zu diskutieren mein Gewissen mir verbietet.“
„Stehen dieselben in irgend welchem Zusammenhang mit dem Prozesse?“
„In gewissem Sinne, ja — doch nur insoweit, als meine persönliche Überzeugung von der Schuld meines — des Angeklagten dadurch befestigt worden ist. Sie würden sie wohl kaum als Beweise gelten lassen — ja vielleicht darüber lächeln.“
„Dann bleibt mir nur noch übrig, an das Fräulein die für die Untersuchung so brennende Frage wegen eines eventuellen Selbstmord — Motivs zu richten. Der Schwefel vertraut sich ein junger Mann lieber an als der Mutter — hat Ihnen, gnädiges Fräulein, Ihr Bruder irgend einen Umstand mitgeteilt, oder haben Sie selbst einen solchen beobachtet, der auch nur entfernt auf die Absicht, sich das Leben zu nehmen, hindeutet?“
„Niemand.“
„Gibt es Sie sich auch keinen zu denken vermögen?“
„Durchaus keinen.“
„Aber Sie nehmen an, daß er durch eigene Hand gestorben ist?“
„Ich kann mir keine andere Möglichkeit denken“, versetzte Agnes erblickend.
„Trotzdem er kein Abschiedswort für Sie und Ihre Frau Mutter hinterlassen hat?“
„Trotzdem — obgleich mir das ganz unerklärlich ist — ich —“
Sie schwieg und warf der entrückten Mutter einen Abbitte heischenden, liebevollen Blick zu. Der Staatsanwalt stellte noch eine Reihe auf das Verwandtschaftsverhältnis mit Arthur und das Majorat bezügliche Fragen; als er sich für befriedigt erklärte und die Baronin bereits der Tür zuschritt, legte sich Agnes nochmals nach ihm um, trat dicht an ihn heran und sagte mit halbklarer von Rührung durchzitterter Stimme:
„Wird man ihn verurteilen, Herr Staatsanwalt?“
„Ich weiß es nicht, gnädiges Fräulein. Wenn sich keine weiteren Beweise darbieten, wird man ihn vielleicht mangels vollständiger Beweise freisprechen.“
„Nur wegen mangelnder Beweise? Und das Obium des Verbrechens bliebe auf ihm haften?“
„Wahrscheinlich.“
Die arnuttige Blondine senkte das Köpfchen. Plötzlich leuchtete durch den sinkenden Ernst ihrer regelmäßigen edlen Züge hindurch ein bedenklicher Entschluß.
„Darf ich meinen unglücklichen Cousin einmal sehen?“ fragte sie hastig.
Der Staatsanwalt erklärte ohne Besinnen, dem sie nicht entsaen. „Bei einer solchen Besucherin kann von

Konfessionsgefähe nicht die Rede sein. Dem Gefangenen tut, falls er wirklich schuldlos ist, ein gutes Wort not; ist das Gegenteil der Fall, so erschüttert ihn Ihr Abblick vielleicht zur Reue und zum Gehändnis. Falls Sie nicht fürchten, sich selbst zu sehr aufzuregen —“
„Ich bin keine Leicht zu überwältigende Natur.“
„Stobans lächelte unmerkbar. „Mebrigens brauchen Sie nicht erst ins Gefängnis zu gehen“, bemerkte er entgegenkommend. „Ich habe Ihren Cousin herbeibringen lassen, um ihn mit einer der Zeuginnen zu konfrontieren, das wird nur wenige Minuten in Anspruch nehmen, das Wartezimmer wird dann verlassen sein und können Sie dort mit ihm reden, wenn Sie wollen.“
„Ich danke Ihnen.“
Agnes beilte sich ihrer ungeduldig harrenden Mutter zu folgen. In der Tat befand sich im Vorzimmer nur noch eine Person, ein junges Mädchen in ihrem Alter, vermutlich die Zeugin, von welcher der Staatsanwalt ihr gesagt.
„Wo bleibst Du nur,“ rief ärgerlich die Baronin.
„Ich erbat mir noch eine Auskunft.“
„Komm, komm, der Rufschrei wartet — ich muß um 12 Uhr zu Hause sein, da ich für diese Stunde die Vorhererin des Frauenvereins zu mir bestellt habe.“
„So bitte ich Dich, allein zu fahren, liebe Mama — ich komme in einer Viertelstunde nach.“
„Was willst Du noch hier?“
Agnes ägerte mit der Antwort, ihre Augen suchten den Boden.
„Du willst mit A — mit dem Mörder sprechen?“
„Ja.“
„Ich verbiete es Dir.“

(Fortsetzung folgt.)